

Soziale Marktwirtschaft

# Wohlstand für alle: Wie Deutschland die Ziele der Sozialen Marktwirtschaft künftig erreichen kann

vbw

Studie

Stand: April 2026

Eine vbw Studie, erstellt vom ifo Institut

ifo



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

## Vorwort

### Rückbesinnen auf die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft

Die Soziale Marktwirtschaft steht nicht nur für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg. Unsere Wirtschaftsordnung steht auch für den jahrzehntelangen wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes, für Wachstum und Beschäftigung, für Innovation und Fortschritt, für Chancengerechtigkeit und Teilhabe, für wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit.

Doch Deutschland befindet sich schon seit längerem nicht mehr in der Erfolgsspur. Wir haben sechs Jahr ohne Wachstum hinter uns – die längste Stagnationsphase in der Geschichte der Bundesrepublik. Wir verlieren zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit und stehen gleichzeitig vor den Herausforderungen der technologischen Transformation, des demografischen Wandels und der veränderten Weltwirtschaftsordnung.

Die Soziale Marktwirtschaft ist auch für uns als vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. die ordnungspolitische Grundlage unserer Arbeit. Deshalb haben wir das Münchner ifo Institut mit der vorliegenden Studie beauftragt. Sie nimmt an Hand einer Vielzahl von Indikatoren eine Bestandsaufnahme der Sozialen Marktwirtschaft vor.

In vielen Bereichen entfernen wir uns zunehmend von den Zielen der Sozialen Marktwirtschaft. Um diesen Trend umzukehren, brauchen wir grundlegende Reformen, die sich an den Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft orientieren. An erster Stelle stehen hier Wettbewerb und wirtschaftliche Freiheit. Nur so können wir die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaftsordnung und unserer Wirtschaft gewährleisten.

Bertram Brossardt  
28. April 2026



# Inhalt

<b>1</b>	<b>Bedeutung der Sozialen Marktwirtschaft heute</b>	<b>1</b>
1.1	Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft	1
1.2	Aktualität des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft	2
1.3	Empirische Indikatoren zur Beurteilung des Zustands der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland	2
<b>2</b>	<b>Wohlstand als übergeordnetes Ziel</b>	<b>3</b>
2.1	Gesamtwirtschaftliche Aktivität	3
2.2	Lebenszufriedenheit	5
2.3	Lebenserwartung	7
2.4	Schlussfolgerungen	8
<b>3</b>	<b>Breite Teilhabe durch Wettbewerb und Chancengerechtigkeit</b>	<b>9</b>
3.1	Wettbewerb	9
3.2	Breite Beteiligung am Wohlstand	11
3.3	Schlussfolgerungen	13
<b>4</b>	<b>Freiheit und Eigenverantwortung</b>	<b>15</b>
4.1	Staatsquote	15
4.2	Neuverschuldung	16
4.3	Wirtschaftliche Freiheit	17
4.4	Schlussfolgerung	20
<b>5</b>	<b>Zukunftsfähigkeit der Volkswirtschaft</b>	<b>22</b>
5.1	Demografischer Wandel	22
5.2	Investitionen in physisches und Humankapital	23
5.3	Innovationsfähigkeit	25
5.4	Implizite Verschuldung	27

5.5	Umweltschutz	29
5.6	Schlussfolgerungen	30
<b>6</b>	<b>Resilienz und Widerstandsfähigkeit</b>	<b>31</b>
6.1	Außenhandel	31
6.2	Energieimportabhängigkeit	34
6.3	Verteidigungsfähigkeit und Sicherheit	35
6.4	Resilienz von Rechtsstaat und Demokratie	37
6.5	Schlussfolgerungen	39
<b>7</b>	<b>Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft sichern: Wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf</b>	<b>41</b>
7.1	Reformbedarf innerhalb Deutschlands	41
7.2	Deutschlands Position in der Welt	43
7.3	Zehn Ansatzpunkte für eine wirtschaftspolitische Reformagenda	44
	Literaturverzeichnis	47
	Abbildungsverzeichnis	50
	Ansprechpartner/Impressum	51

# 1 Bedeutung der Sozialen Marktwirtschaft heute

Nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden, bis heute aktuell und beliebt

## 1.1 Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft

Seit über 75 Jahren prägt die Soziale Marktwirtschaft die wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Sie gilt als ein erfolgreiches Ordnungsmodell, das in der deutschen Bevölkerung auf breite Zustimmung stößt (Blesse et al. 2022). Die Soziale Marktwirtschaft entstand im Kontext der historischen Erfahrungen und Fragestellungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Im Vordergrund stand die Suche nach einer tragfähigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die Freiheit, Wohlstand und soziale Stabilität miteinander verbindet (Müller-Armack 1962; Eucken 1952). Ein zentraler Ausgangspunkt war die Einsicht, dass Märkte nicht von allein funktionieren, sondern eines institutionellen Rahmens bedürfen. Die Vertreter der Freiburger Schule wandten sich sowohl gegen eine unregelte Laissez-faire-Ordnung als auch gegen zentrale Wirtschaftsplanung. Die Wissenschaftler propagierten einen dritten Weg: eine Wettbewerbsordnung, in der der Staat nicht als Akteur im Markt, sondern als Hüter der Spielregeln agiert (Eucken 1952; Böhm 1928). Obwohl es sich sicherlich nicht um ein geschlossenes Theoriegebäude handelt, lassen sich zentrale Prinzipien identifizieren, die das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft beschreiben.

Im Zentrum der Wirtschaftspolitik steht die Herstellung eines funktionsfähigen Preissystems bei möglichst vollständiger Konkurrenz. Wettbewerb wird nicht nur als Effizienzinstrument verstanden, sondern auch als Mittel zur Begrenzung wirtschaftlicher und politischer Macht (Böhm 1961). Die freie Preisbildung liefert Informationen über Knappheiten und koordiniert individuelle Entscheidungen. Privateigentum, Vertragsfreiheit und unternehmerische Initiative sind die Voraussetzungen wirtschaftlicher Dynamik. Zugleich wird betont, dass diese Freiheiten nur dann funktionieren, wenn Akteure auch für die Folgen ihres Handelns haften (Eucken 1952).

Eine zentrale Frage ist, wie soziale Sicherheit und Teilhabe gewährleistet werden können, ohne Marktmechanismen außer Kraft zu setzen. Dahingehend wird die Notwendigkeit der Marktkonformität staatlicher Eingriffe hervorgehoben (Röpke 1942; Müller-Armack 1947). Als marktkonform gelten Interventionen, welche die Selbststeuerung des Marktes und den Preismechanismus nicht aufheben (Röpke 1942). Stattdessen ist ein direkter Einkommensausgleich vorzunehmen, z.B. durch Transfers an Bedürftige, um soziale Härten abzufedern. Je stärker Einkommen und soziale Positionen dem Leistungswettbewerb überlassen werden, desto wichtiger wird Chancengerechtigkeit (Rüstow 1949). Um einen gerechten Start in den Wettbewerb sicherzustellen, braucht es breiten Zugang insbesondere zu Bildung. Soziale Sicherung für Menschen, die in Not geraten, gehört ebenfalls zur sozialen Marktwirtschaft. Allerdings gilt das Subsidiaritätsprinzip: Grundsätzlich gilt die individuelle

Verpflichtung, für sich selbst zu sorgen; staatliche Hilfe sollte nur beansprucht und gewährt werden, wenn eigenständige Vorsorge nicht ausreicht oder eingefordert werden kann.

## 1.2 Aktualität des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft

Bei der Formulierung der Ideen der Sozialen Marktwirtschaft stand von Beginn an die Einsicht im Vordergrund, dass wirtschaftliche Ordnungen nicht statisch sein können. Die Gründerväter verstanden die Soziale Marktwirtschaft explizit als offenes, lernfähiges Konzept, das an veränderte wirtschaftliche, gesellschaftliche und technologische Rahmenbedingungen angepasst werden kann und muss (Müller-Armack 1962; Miksch 1950). So forderte Walter Eucken eine erfahrungsbasierte Wirtschaftspolitik, die sich an empirischen Erkenntnissen orientiert und bestehende Institutionen kritisch überprüft (Eucken 1952).

Obgleich das traditionelle ordnungsökonomische Programm über die Zeit in den Wirtschaftswissenschaften an Bedeutung verloren hat (Feld/Köhler 2011), erläutert ein umfangreicher Fundus der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung die Bedeutung der damaligen Erkenntnisse (z.B. Acemoğlu et al. 2001). Necker et al. (2025) analysieren in vier Themenbereichen – Staatliches Handeln, Wettbewerb und Innovation, Soziale Teilhabe und Chancengerechtigkeit, Ökologische Nachhaltigkeit – die Aktualität der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft anhand des heutigen wissenschaftlichen Erkenntnisstands. Die Untersuchung kommt zu dem Schluss, dass sich im Laufe der Zeit zwar die Herausforderungen geändert haben, die im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft zu bewältigen sind, die ihr zugrundeliegenden Prinzipien aber auch heute noch weitgehende Gültigkeit haben. Das Gutachten stellt allerdings auch fest, dass es bedeutsame Defizite bei der Umsetzung dieser Prinzipien gibt.

## 1.3 Empirische Indikatoren zur Beurteilung des Zustands der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland

Die Soziale Marktwirtschaft ist kein abgeschlossenes Konstrukt, dessen Zustand oder Erfolg sich unmittelbar und eindeutig anhand einzelner Indikatoren messen ließe. Gleichwohl lassen sich ihre grundlegenden Prinzipien – wie wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Wettbewerb, soziale Teilhabe und staatliche Ordnungspolitik – durch geeignete Variablen näherungsweise abbilden. Das Ziel dieser Studie ist, geeignete Indikatoren zu identifizieren und zu analysieren. Die Entwicklung dieser Indikatoren erlaubt es, Rückschlüsse darauf zu ziehen, in welchem Zustand sich die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland befindet, und inwieweit ihre Ziele gegenwärtig noch erreicht werden, welche Zukunftsaussichten bestehen und welche wirtschaftspolitischen Reformen die Zielerreichung gegebenenfalls verbessern können.

## 2 Wohlstand als übergeordnetes Ziel

### Hohes Wohlstandsniveau in Deutschland, das aber unter Druck steht

#### 2.1 Gesamtwirtschaftliche Aktivität

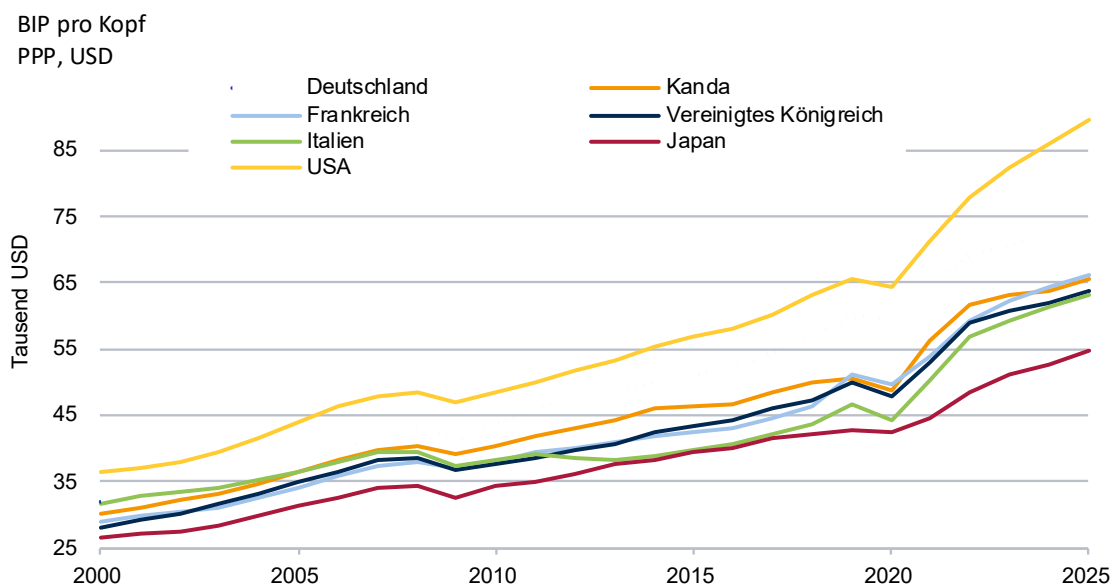
Wohlstand ist das zentrale Ziel der Sozialen Marktwirtschaft. So konstatierte Ludwig Erhard (1962): „Wettbewerb hat ein sehr edles und soziales Ziel, nämlich, der Menschheit im Ganzen, der Wohlfahrt und der Verbesserung der Lebensmöglichkeiten aller Menschen zu dienen.“ Das Wirtschaftsmodell soll „Wohlstand für Alle“ schaffen (Erhard 1957). Das wirft die Frage auf, ob und in welchem Umfang die Soziale Marktwirtschaft dieses Ziel in den letzten Jahren in Deutschland erreicht hat.

Debatten über Wohlstandsmessung beginnen in der Regel mit der Frage, was unter Wohlstand zu verstehen ist. In einer freien Gesellschaft ist darüber kein umfassender Konsens erforderlich. Es gibt z.B. Menschen, die gerne viel arbeiten und entsprechend viele Güter und Dienstleistungen konsumieren, während andere lieber weniger arbeiten und dafür hinnehmen, dass sie sich weniger Konsum leisten können. Auch bei der Frage, welche Güter oder Dienstleistungen für Wohlstand gebraucht werden, ist kein Konsens erforderlich. Menschen haben sehr unterschiedliche Wünsche und Präferenzen, und dafür besteht in einer freien Gesellschaft Raum. Es besteht allerdings ein weitreichender Konsens darüber, dass Wohlstand daran zu messen ist, wie groß die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Menschen sind, welches Niveau an Konsum und/oder Freizeit mit den vorhandenen Ressourcen also erreicht werden kann.

Der am meisten beachtete Indikator für Wohlstand ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Dieser Indikator nimmt die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen in den Blick. Es misst den Wert aller erzeugten Güter und Dienstleistungen innerhalb eines Landes, also der gesamtwirtschaftlichen Produktionsleistung. Ein Vorteil des BIP ist, dass es aufgrund internationaler Standards der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen über Länder hinweg gut vergleichbar ist und konsistente Wohlstandsniveaus- und Wachstumsvergleiche erlaubt.

In Deutschland zeigt sich (Abbildung 1), im G7-Vergleich ein hohes Wohlstandsniveau. Das BIP pro Kopf, unter Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten, lag bereits im Jahr 2000 höher als in den anderen G7 Staaten – mit Ausnahme der USA, und ist in den beiden Jahrzehnten danach weiter gestiegen. Das Niveau der USA erreicht Deutschland allerdings nicht. Die USA haben die anderen G7 Länder zudem seit 2020 weiter abgehängt.

Abbildung 1  
 Bruttoinlandsprodukt vergleichsweise hoch



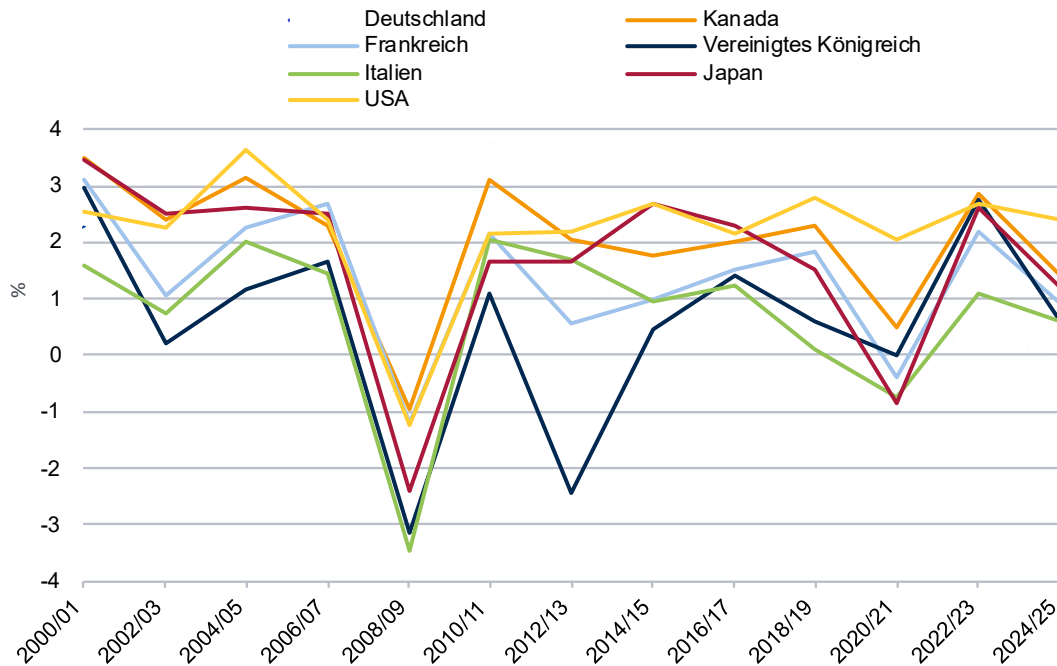
Quelle: IWF, World Economic Outlook Oktober 2025; in jeweiligen Preisen

Nicht nur das Niveau des Wohlstands spielt eine Rolle, sondern auch dessen Dynamik. Das Wachstum des BIP liefert Auskunft darüber. Abbildung 2 zeigt, dass die Konjunkturzyklen insgesamt weitgehend parallel verlaufen: In normalen Zeiten wachsen die Volkswirtschaften überwiegend mit niedrigen einstelligen Raten, während globale Krisen – insbesondere die Finanzkrise 2008/09 und die Corona-Pandemie – zu deutlichen Einbrüchen geführt haben. Deutschland weist dabei etwas stärkere Schwankungen auf als einige der Vergleichsländer. Am aktuellen Rand zeigt sich zudem, dass die meisten Länder nach dem pandemiebedingten Rückgang zunächst auf einen Erholungspfad zurückgekehrt sind, während das Wachstum in Deutschland in den letzten Jahren deutlich schwächer ausfällt. Auch die konjunkturellen Aussichten in Deutschland bleiben verhalten. Der ifo Geschäftsklimaindex<sup>1</sup> bewegt sich in den letzten Jahren weitgehend seitwärts und signalisiert damit bislang keine klare konjunkturelle Belebung.

<sup>1</sup> <https://www.ifo.de/umfrage/ifo-geschaeftsklima-deutschland>

Abbildung 2  
 Wachstum des Bruttoinlandsprodukts stagniert

Reales BIP Wachstum  
 2-Jahres-Durchschnitte



Quellen: IWF, World Development Indicators (in jeweiligen Preisen), eigene Berechnungen

## 2.2 Lebenszufriedenheit

Wirtschaftliche Aktivität ist kein Selbstzweck, sondern soll letztlich dem menschlichen Wohlbefinden dienen. Das ist eine Voraussetzung für die Akzeptanz dieser Wirtschaftsordnung. Die Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft betonten die Bedeutung der gesellschaftlichen Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft (z.B. Müller-Armack 1976) für deren Funktionsfähigkeit und Stabilität.

Das BIP misst zwar die wirtschaftliche Aktivität, sagt aber wenig darüber aus, wie zufrieden die Menschen tatsächlich mit ihrem Leben sind. Es werden ausschließlich entgeltliche Produktionsleistungen erfasst. Nicht bezahlte Haushaltsarbeit, Pflege, Ehrenamt und Freizeit bleiben unberücksichtigt. Auch nicht-materielle Aspekte wie Gesundheit, soziale Teilhabe oder Umweltqualität, die für Lebenszufriedenheit wichtig sind, werden ausgeblendet. Die Glücksforschung zeigt, dass subjektives Wohlbefinden über Befragungen repräsentativer Stichproben empirisch messbar ist. Zudem verdeutlichen die Ergebnisse, dass nicht-monetäre Faktoren für das individuelle Wohlergehen eine zentrale Rolle spielen. Arbeitslosigkeit, Gesundheit, soziale Einbindung, institutionelle Qualität, Inflation oder Sicherheit wirken sich oft stärker auf die Lebenszufriedenheit aus als Einkommensänderungen (z.B. Frey

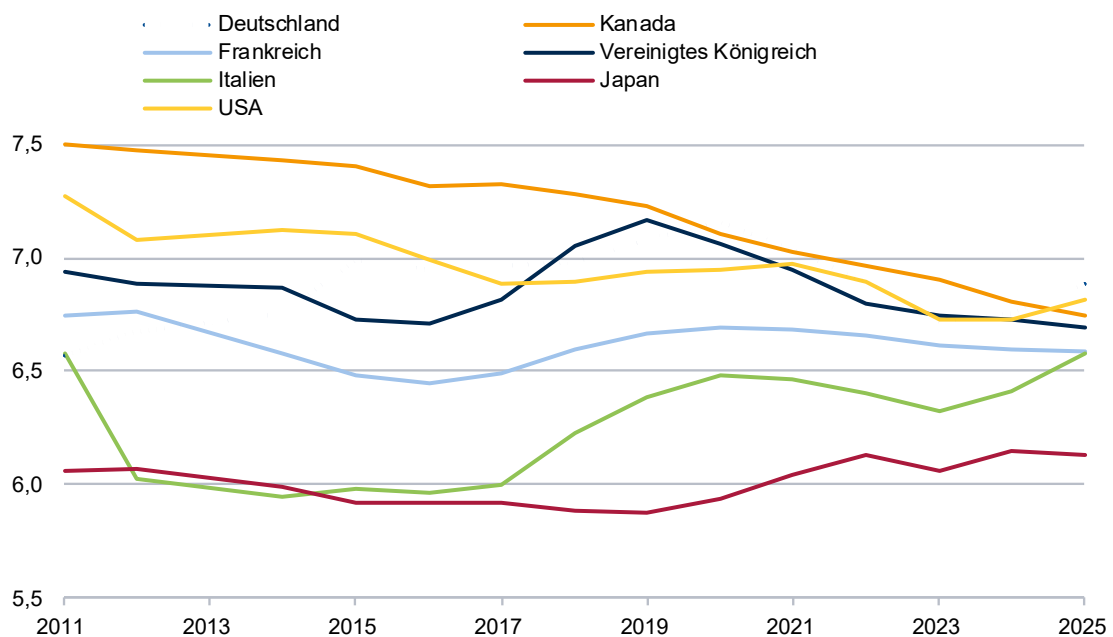
Wohlstand als übergeordnetes Ziel

und Stutzer 2002, Dolan et al. 2008). Das Easterlin-Paradox stützt diese Perspektive: Langfristig steigen in wohlhabenden Ländern die Einkommen deutlich, ohne dass die durchschnittliche Lebenszufriedenheit im gleichen Maße zunimmt (z.B. Clark et al. 2008).

Abbildung 3 zeigt, dass sich die Lebenszufriedenheit in Deutschland im Vergleich zu anderen G7 Ländern bis Anfang der 2020er Jahre positiver entwickelt hat. Bis 2020 wird ein Anstieg verzeichnet. Allerdings gehört Deutschland zu den Ländern, in denen die Zufriedenheit in den letzten Jahren tendenziell gesunken ist. Damit zeigt sich ein ähnliches Muster wie beim BIP: Ein hohes Niveau, dessen Entwicklung am aktuellen Rand jedoch eine eher ungünstige Dynamik aufweist.

Abbildung 3  
 Überdurchschnittliche Lebenszufriedenheit, aber sinkende Tendenz

Lebenszufriedenheit  
 Auf einer Skala von 1 -10, 3-Jahres Durchschnitte.



Quelle: World Happiness Report (2026)

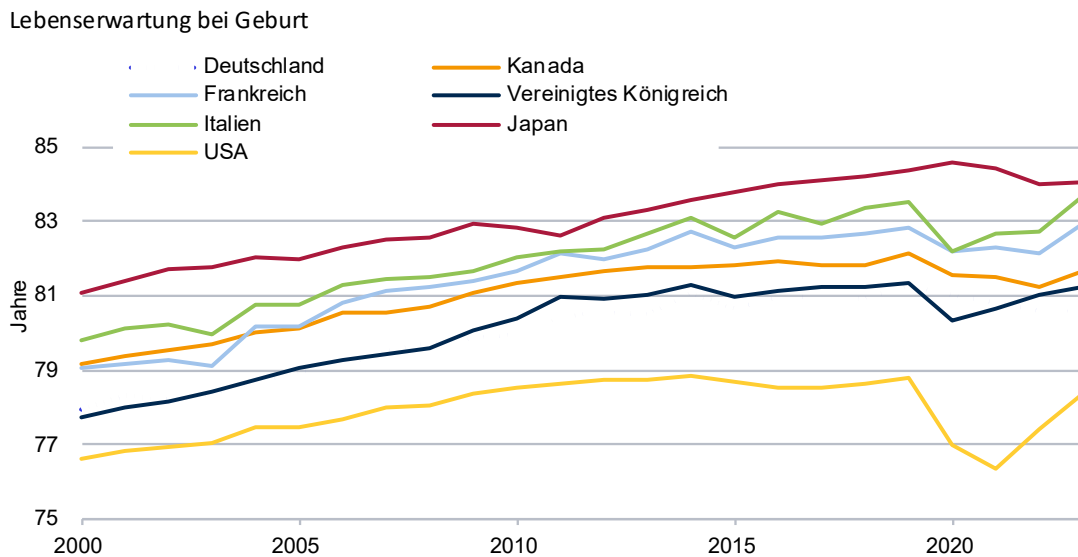
Erläuterung: World Happiness Report. Antworten auf die Frage „Bitte stellen Sie sich eine Leiter vor, mit Stufen, die von 0 (unten) bis 10 (oben) nummeriert sind. Die oberste Stufe der Leiter steht für das bestmögliche Leben, das unterste Ende für das schlechtestmögliche Leben für Sie. Auf welcher Stufe dieser Leiter würden Sie sagen, dass Sie sich persönlich derzeit befinden?“ Die Angaben beruhen auf Befragungsdaten des Gallup World Poll und sind als Dreijahresdurchschnitte ausgewiesen, die Angaben beziehen sich jeweils auf die drei Jahre vor Berichtsjahr, z.B. 2025 → Durchschnitt 2022–2024

### 2.3 Lebenserwartung

Wohlstand hängt nicht nur von der „Qualität“ des Lebens, sondern auch von der „Quantität“. Ein wichtiger Indikator dafür ist die Anzahl der Jahre, über die Wohlstand genossen werden kann, also die Lebensdauer (z.B. Becker et al. 2005).

Abbildung 4 zeigt die Entwicklung der Lebenserwartung im Zeitverlauf. Deutschland liegt im G7-Vergleich im Mittelfeld. In den meisten anderen Ländern gibt es einen Corona-be-dingten Rückgang der Lebenserwartung, am aktuellen Rand scheint die Entwicklung dann wieder zum alten Trend zurückzukehren. In Deutschland hingegen lässt sich ein zuletzt leicht negativer Trend der Lebenserwartung konstatieren. Ein ähnliches Bild zeigt sich, wenn man auf die Anzahl der gesunden Jahre schaut. In Deutschland gibt es hier einen Rückgang, der im Europäischen Vergleich nicht zu beobachten ist<sup>2</sup>. Damit zeigt sich ein ähnliches Muster, wie auch in den anderen bisher berichteten Wohlstandsindikatoren.

Abbildung 4  
 Lebenserwartung mit negativem Trend



Quelle: Weltbank

<sup>2</sup> [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Healthy\\_life\\_years\\_statistics](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Healthy_life_years_statistics)

## 2.4 Schlussfolgerungen

Deutschland hat im Vergleich zu den anderen G7-Staaten nach wie vor ein hohes Wohlstandsniveau und erreicht damit das wichtigste Ziel der Sozialen Marktwirtschaft. Allerdings deuten alle Wohlstandsindikatoren auf einen Rückgang seit spätestens dem Jahr 2020 hin. Wenn diese Entwicklung sich fortsetzt, wird Deutschland das erreichte Wohlstandsniveau nicht halten oder zumindest in der Zukunft nicht mehr wie bisher am weltweit wachsenden Wohlstand teilhaben können.

## 3 Breite Teilhabe durch Wettbewerb und Chancengerechtigkeit

### Herausforderung durch Marktmacht von Digitalunternehmen und sinkende soziale Mobilität

Ein funktionierender Wettbewerb ist ein konstitutives Element der Sozialen Marktwirtschaft. Er sorgt für eine effiziente Allokation von Ressourcen, Innovationen und gewährleistet Preisdisziplin. Zugleich wirkt er als „Entmachtungsinstrument“ gegen private Marktkonzentration (Böhm 1961). Damit schützt Wettbewerb die Demokratie vor privater Einflussnahme und sichert eine breite Teilhabe am wirtschaftlichen Wohlstand. Ob diese Ziele in Deutschland erreicht werden, kann man zum einen anhand von Indikatoren über die Wettbewerbsintensität messen. Zum anderen sollte breite Beteiligung am Wohlstand sich auch in moderater Einkommensungleichheit niederschlagen. Außerdem gehört zur breiten Teilhabe in der Sozialen Marktwirtschaft, dass möglichst viele Menschen die Chance haben, durch eigene Leistung, insbesondere Bildung, sozial aufzusteigen.

#### 3.1 Wettbewerb

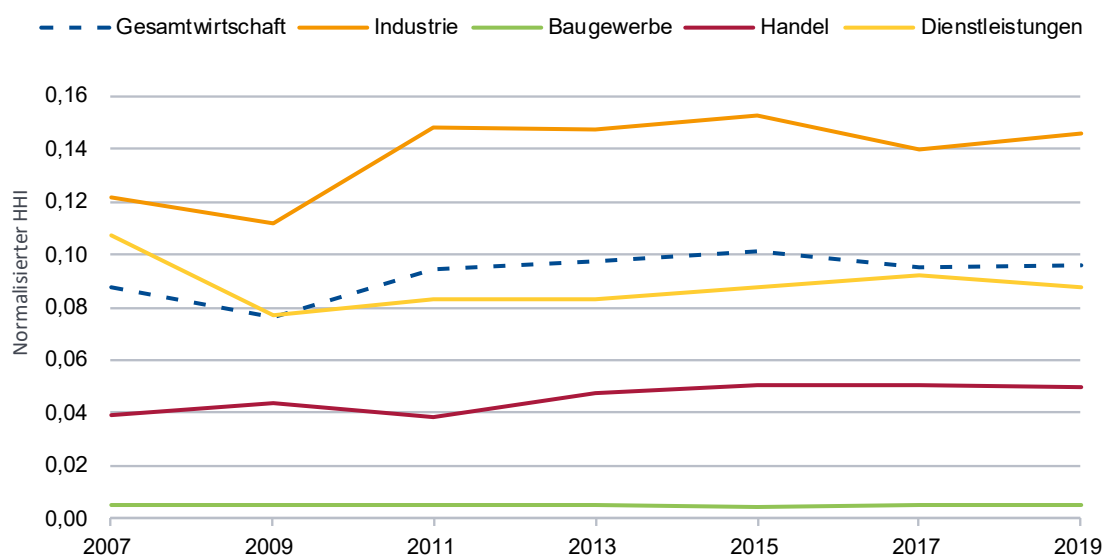
Die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs wird empirisch vor allem durch zwei Indikatoren gemessen: Erstens durch die Unternehmenskonzentration und zweitens durch die Differenz zwischen den Marktpreisen von Gütern und Dienstleistungen einerseits und den variablen Produktionskosten andererseits (sog. Markups). Beide Indikatoren sind jedoch nicht perfekt (Benček et al., 2022). Eine hohe Unternehmenskonzentration kann ein Indiz für Marktmacht und potenzielle Wettbewerbsstörungen, aber auch auf andere Gründe zurückzuführen sein, z.B. positive Skalenerträge. Steigende Markups können auf Preissetzungsspielraum und damit Marktmacht hinweisen, gleichzeitig aber auch das Ergebnis steigender Fixkosten sein.

In Deutschland ergeben sich im Hinblick auf die Entwicklung dieser beiden Indikatoren über die Zeit deutliche sektorale Unterschiede. Abbildung 5 zeigt Niveau und Entwicklung der Marktkonzentration in den Wirtschaftszweigen Industrie, Handel, Dienstleistungen und Baugewerbe. Das hier verwendete Konzentrationsmaß ist der sog. normalisierte Hirschman-Herfindahl-Index (HHI), der die Konzentration der die (Ungleich-)Verteilung der Marktanteile in einer Volkswirtschaft misst. Er variiert zwischen 0 und 1, wobei höhere Werte eine hohe Marktkonzentration anzeigen und niedrige Werte auf eine geringe Konzentration hindeuten. Im Industriesektor und Handel lässt sich eine im Zeitablauf zunehmende Konzentration der Marktanteile beobachten, wobei die Konzentration absolut betrachtet in der Industrie mit Abstand am höchsten ausfällt. Mit einem HHI am aktuellen Rand (2019) von ca. 0,14 ist das Konzentrationsniveau jedoch moderat. Im Dienstleistungssektor und im Baugewerbe ist eine im zeitlichen Verlauf stagnierende Konzentration zu beobachten.

Laut Auswertung der Monopolkommission spiegelt die Entwicklung der branchenspezifischen Markups weitestgehend die Entwicklung des HHI wider, sodass es insgesamt keine Anzeichen für nennenswerte Wettbewerbsbeschränkungen in der deutschen Volkswirtschaft gibt.

Abbildung 5  
 Marktkonzentration stagniert

Deutschland: Normalisierter Herfindahl -Hirschmann -Index nach Branche  
 0 = vollkommener Wettbewerb



Quellen: Monopolkommission, eigene Berechnungen

Ähnliche Tendenzen zeigen sich auch in anderen europäischen Ländern (Necker et al., 2025), in den USA allerdings zeigt sich andere Entwicklung. Hier sind die Markups in den letzten Jahren und Jahrzehnten vor allem in den Hochtechnologiebranchen deutlich gestiegen. Das ist nicht zuletzt auf den Aufstieg und steigende Marktanteile einiger weniger Unternehmen zurückzuführen, die mittlerweile eine global marktbeherrschende Stellung eingenommen haben (u.a. Autor et al., 2020; De Loecker et al., 2020; Eggertsson et al., 2021). Dieser Trend hat zum Teil mit Netzwerkeffekten und positiven Skalenerträgen in den betreffenden Branchen zu tun, die Konzentrationstendenzen begünstigen.

Die geringere Unternehmenskonzentration und niedrigeren Markups deutscher Unternehmen im Vergleich zu US-amerikanischen bieten aus deutscher Perspektive aber nicht unbedingt Anlass zur Freude. Denn zum einen wirken sich die hohen Markups in bestimmten ausländischen Dienstleistungsbranchen, insbesondere in den USA, aufgrund enger Handelsverflechtungen auch auf Deutschland aus (Necker et al., 2025). Vor allem im Bereich der IT-Dienstleistungen importiert Deutschland in großem Umfang Leistungen von großen

US-Technologiekonzernen, die hohe Markups erzielen. Diese teuren Dienstleistungsimporte erhöhen die Kosten für deutsche Unternehmen und Verbraucher und treiben damit letztlich auch die Preisentwicklung in Deutschland. Zum anderen fallen laut Necker et al. (2025) die auf Basis von Markups gemessenen Wettbewerbsstörungen in Deutschland (und Europa) nicht primär deswegen geringer aus, weil sich das Marktumfeld im Vergleich zu den USA unterscheidet, sondern weil deutsche und europäische Unternehmen in zentralen Digitalbranchen, in denen marktbeherrschende Akteure aus den USA die Entwicklung prägen und entsprechend hohe Markups durchsetzen können, schwächer oder gar nicht vertreten sind (Dietrich et al., 2024). Die geringeren Markups deutscher Unternehmen sind also zum Teil eine Folge des Umstands, dass technologieintensive, wachstumsstarke Branchen in Deutschland eine geringere Bedeutung haben.

### 3.2 Breite Beteiligung am Wohlstand

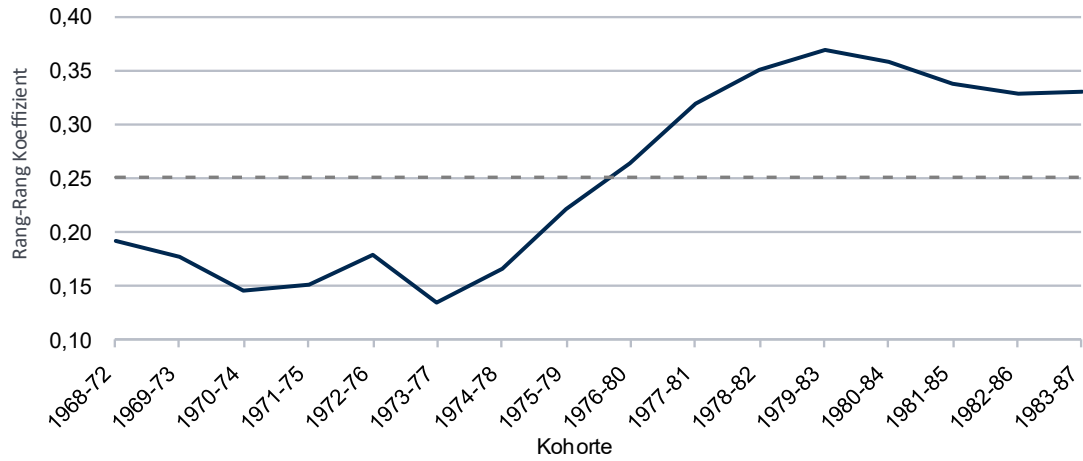
Während ein funktionierender Wettbewerb Garant für die Erreichung und Sicherung von Wohlstand ist und Ungleichheiten als Folge von Marktmacht eindämmt, hängt die gesellschaftliche Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft wesentlich davon ab, dass breite Bevölkerungsschichten die Chance haben, durch eigene Leistung, insbesondere durch Bildung, sozial aufzusteigen. Letztlich sollte all dies dazu führen, dass wirtschaftliche Ungleichheit begrenzt ist. Neben Wettbewerb und Bildungschancen trägt dazu letztlich auch der Sozialstaat bei.

Um Chancengerechtigkeit messbar zu machen, wird häufig der Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Erfolg von Eltern und deren Kindern ermittelt. Ein starker Zusammenhang bedeutet, dass Kinder armer Eltern tendenziell später selbst in Armut leben, während Kinder reicher Eltern eine große Chance haben, selbst reich zu werden. Ein solches Ergebnis spricht für ein geringes Maß an sozialer Mobilität und gegen Chancengerechtigkeit. In einer Studie des ifo Instituts zeigen Baarck et al. (2025), dass die Einkommensposition von Kindern in Deutschland heute deutlich stärker vom Einkommen ihrer Eltern abhängt als bei älteren Kohorten. Der sogenannte Rang-Rang Koeffizient ist ein Maß für die intergenerationale Einkommensmobilität. Er gibt an, wie stark die Position der Kinder in der gesellschaftlichen Einkommenshierarchie vom Einkommen der Eltern abhängt. In Deutschland steigt die Einkommenspersistenz für die Jahrgänge der späten 1970er- und frühen 1980er-Jahre um rund 59 bis 107 Prozent und erreicht damit Werte, die ähnlich hoch sind wie in den USA. Damit kann Deutschland nicht mehr als deutlich mobiler gelten als die USA (siehe Abbildung 6).

Als zentralen Mechanismus identifiziert die ifo-Studie eine gestiegene Bedeutung des elterlichen Einkommens für den Bildungserfolg der Kinder. Der Einfluss des Elternrangs auf Bildungsjahre, Abitur- und Hochschulabschluss hat für die relevanten Kohorten deutlich zugenommen. Bildungschancen haben sich damit stärker nach sozialer Herkunft segmentiert, obwohl der Zugang zu weiterführender und tertiärer Bildung insgesamt ausgeweitet wurde; Kinder aus einkommensschwachen Familien konnten von dieser Expansion wesentlich weniger profitieren als Kinder aus einkommensstarken Haushalten.

Abbildung 6  
 Einkommensmobilität nimmt ab

Intertemporale Einkommensmobilität in Deutschland

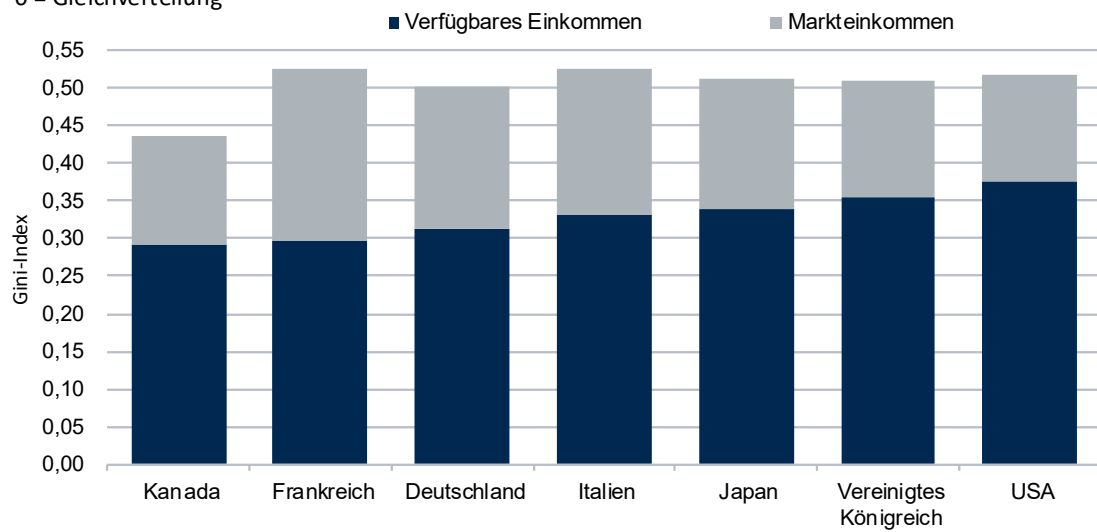


Quelle: Baarck et al. (2025)

Abbildung 7  
 Einkommensungleichheit ist moderat

Gini-Index in G7 Ländern (2021)

0 = Gleichverteilung



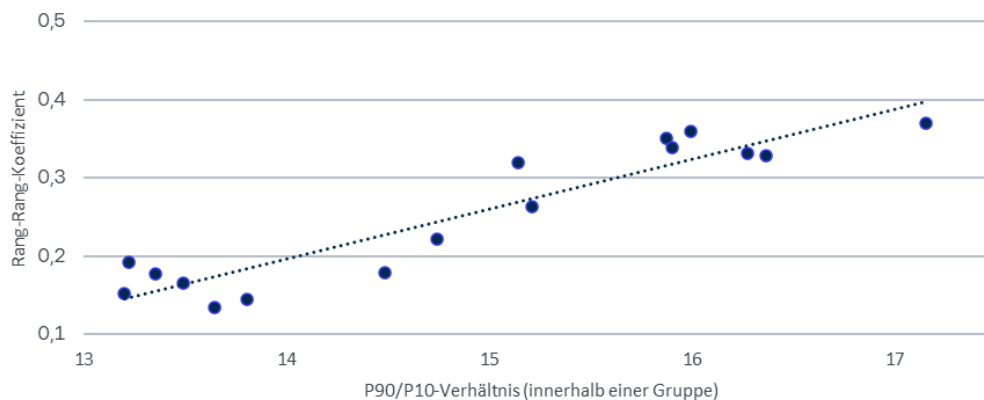
Quelle: OECD

Im Vergleich mit den anderen G7-Ländern ist die Einkommensungleichheit sowohl der Markt- als auch der verfügbaren Einkommen jedoch noch immer moderat. Lediglich Kanada und Frankreich weisen bei den verfügbaren Einkommen einen geringeren Gini-Koeffizienten auf (Abbildung 7).

Parallel dazu dokumentiert die ifo-Studie einen deutlichen Anstieg der Einkommensungleichheit in Deutschland in den 1990er- und frühen 2000er-Jahren, vor allem getrieben durch eine größere Lohndispersion innerhalb der Kohorten. Die zeitliche Entwicklung zeigt, dass wachsende Ungleichheit und abnehmende Mobilität Hand in Hand gehen und sich in einer „intertemporalen Great-Gatsby-Kurve“ widerspiegeln: Während die Stufen der Einkommensleiter weiter auseinanderrücken, wird es zugleich schwieriger, sich im Verhältnis zu den Eltern nach oben zu bewegen (Abbildung 8). Zusammengenommen zeichnen die Ergebnisse ein eher pessimistisches Bild der Chancengleichheit in Deutschland: Sowohl die relative (Position in der Verteilung) als auch die absolute Mobilität (Anteil der Kinder, die real mehr verdienen als ihre Eltern) haben deutlich abgenommen, sodass Herkunft und familiäre Ressourcen für die Lebenschancen junger Menschen heute deutlich wichtiger sind als noch für die Generation ihrer Eltern.

**Abbildung 8**  
 Höhere Ungleichheit, geringere soziale Durchlässigkeit

Intertemporale Great-Gatsby-Kurve



### 3.3 Schlussfolgerungen

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft betont die Rolle des Wettbewerbs für breite Beteiligung am Wohlstand. Ein funktionierender Wettbewerb sorgt für niedrige Preise, die Orientierung der gesamtwirtschaftlichen Produktion an den Wünschen der Bevölkerung und für die Begrenzung von übermäßigen Gewinnen, die durch Monopolmacht entstehen können. Insgesamt erfüllt der Wettbewerb seine Funktion in Deutschland. Allerdings sind

#### Breite Teilhabe durch Wettbewerb und Chancengerechtigkeit

im Zuge der Digitalisierung vor allem in den USA global agierende Unternehmen mit erheblicher Marktmacht entstanden. Sie stellen die Wettbewerbspolitik auch in Deutschland vor Herausforderungen.

Breite Beteiligung am Wohlstand bedeutet auch, wirtschaftliche Ungleichheit zu begrenzen. Die Einkommensungleichheit in Deutschland ist vor allem in den 1990er und frühen 2000er Jahren gestiegen und seitdem mehr oder weniger konstant. Vor allem wegen des stark umverteilenden Steuer- und Sozialsystems ist die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen im internationalen Vergleich moderat. Allerdings sinkt in den letzten Jahren die soziale Mobilität. Deutschland bietet ein breites Spektrum an Möglichkeiten für Bildung und Ausbildung, aber offenbar führt das heute weniger als früher dazu, dass Aufstiegsmöglichkeiten auch genutzt werden. Vor allem Kinder aus eher bildungsfernen Gruppen tun sich schwer darin, im deutschen Bildungssystem Erfolg zu haben. Hier besteht gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels Handlungsbedarf.

## 4 Freiheit und Eigenverantwortung

### Wachsender wirtschaftlicher Zugriff des Staates, ökonomische Freiheit sinkt

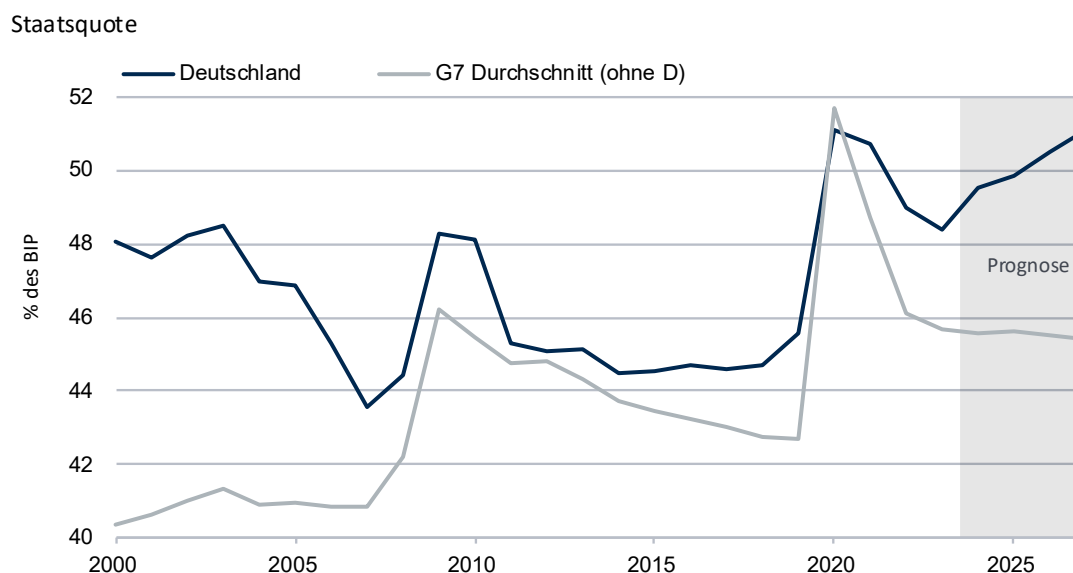
Individuelle Freiheit und in Verbindung damit Verantwortung für das eigene wirtschaftliche Wohlergehen gehören zu den Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft. Die Rolle des Staates in diesem Kontext ist ambivalent. Ohne die Erfüllung grundlegender staatlicher Funktionen wie die Gewährleistung innerer und äußerer Sicherheit und den Schutz von Eigentumsrechten kann individuelle Freiheit sich nicht entfalten. Bei wachsender staatlicher Aktivität, hohen Steuerlasten und weit reichenden regulatorischen Eingriffen besteht die Gefahr, dass individuelle Freiheit immer mehr eingeschränkt wird. Es geht also darum zu erreichen, dass der Staat bei seinen grundlegenden Funktionen effektiv und durchsetzungsstark ist. Darüber hinaus gehende staatliche Aktivität gilt es hingegen zu begrenzen, damit Spielräume für individuelle freiheitliche Entfaltung verbleiben.

#### 4.1 Staatsquote

Der einfachste Indikator für das Verhältnis zwischen staatlicher Beanspruchung ökonomischer Ressourcen und privaten Freiheitsräumen ist die Staatsausgabenquote, also das Verhältnis zwischen Staatsausgaben und Bruttoinlandsprodukt.

Abbildung 9

Staatsquoten Deutschlands und G7 klaffen am aktuellen Rand auseinander



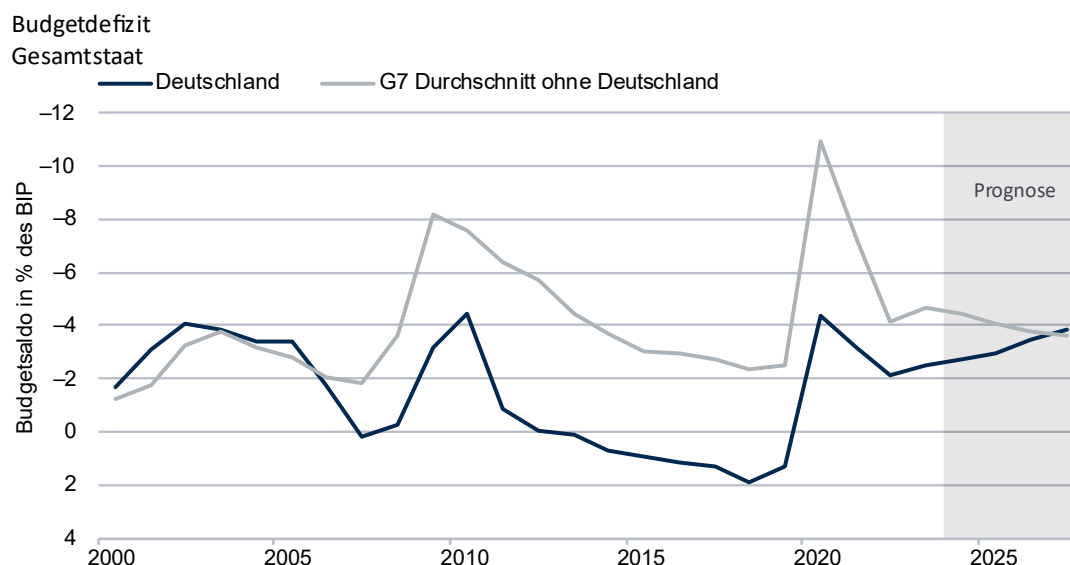
Quellen: IWF, eigene Berechnungen.

Abbildung 9 zeigt, wie die Staatsquote in Deutschland sich im Vergleich zum Durchschnitt der G7-Staaten ohne Deutschland seit dem Jahr 2000 entwickelt hat. Der IWF prognostiziert außerdem die Entwicklung bis 2027. Traditionell hat Deutschland eine Staatsquote, die über dem durchschnittlichen Niveau der G7-Staaten liegt. In den G7 Staaten ohne Deutschland ist es seit dem Jahr 2000 zu einer leichten Erhöhung der Staatsquote gekommen. Deutschland konnte sich diesem Trend zunächst entziehen. Im Zeitraum zwischen der globalen Finanzkrise, die im Jahr 2008 ausbrach, und der Covid-Pandemie des Jahres 2020 lag die Staatsquote Deutschlands ungefähr so hoch wie im Durchschnitt der übrigen G7-Staaten. In allen betrachteten Staaten sind die Staatsausgaben im Zug der Covid-Pandemie stark gestiegen (bzw. ist das BIP gefallen). In den Jahren danach ist die Staatsquote in den anderen G7-Staaten wieder gesunken, annäherungsweise auf das Niveau vor der Pandemie. Diese Normalisierung ist in Deutschland ausgeblieben. Dort ist die Staatsquote nicht wieder auf das Ausgangsniveau des Jahres 2019 zurückgekehrt, sondern deutlich erhöht geblieben. Für die kommenden Jahre wird ein weiterer Anstieg erwartet. Deutschland geht hier im Vergleich zur Gruppe der anderen G7-Staaten einen Sonderweg.

## 4.2 Neuverschuldung

Ein Blick auf die öffentlichen Einnahmen zeigt, dass die Ausgabensteigerung in Deutschland bislang nicht durch höhere Steuern und Abgaben, sondern durch Schulden finanziert wird. Abbildung 10 illustriert, dass damit ein anderer deutscher Sonderweg endet: der Weg überdurchschnittlich niedriger staatlicher Neuverschuldung.

Abbildung 10  
 Phase geringer Neuverschuldung in Deutschland endet



Quellen: IWF, eigene Berechnungen.

Seit 2006 und insbesondere nach der Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2009 wies Deutschland für knapp zwei Jahrzehnte Budgetdefizite aus, die deutlich geringer waren als die Budgetdefizite der anderen G7-Staaten. Da Schulden Finanzierungslasten in die Zukunft verschieben, ist daher künftig auch mit höheren Steuer- und Abgabenlasten zu rechnen und insofern einer Einschränkung ökonomischer Freiheit. Es sei denn, es gelingt, die Staatsausgaben wieder zu senken.

### 4.3 Wirtschaftliche Freiheit

Grundlegend für die Wahrung individueller Freiheit und Verantwortung ist die Fähigkeit und Bereitschaft der Bürger, für Ihren eigenen Lebensunterhalt zu sorgen. Wichtiger Indikator dafür ist die Zahl der Menschen, bei denen das nicht gelingt, die also von Leistungen des Sozialstaats abhängig sind. Die wichtigste Gruppe ist die der Empfänger von ALG II beziehungsweise Bürgergeld. Abbildung 11 illustriert, wie die Zahl der Empfänger dieser Transferleistung sich seit 2005 entwickelt hat<sup>3</sup>.

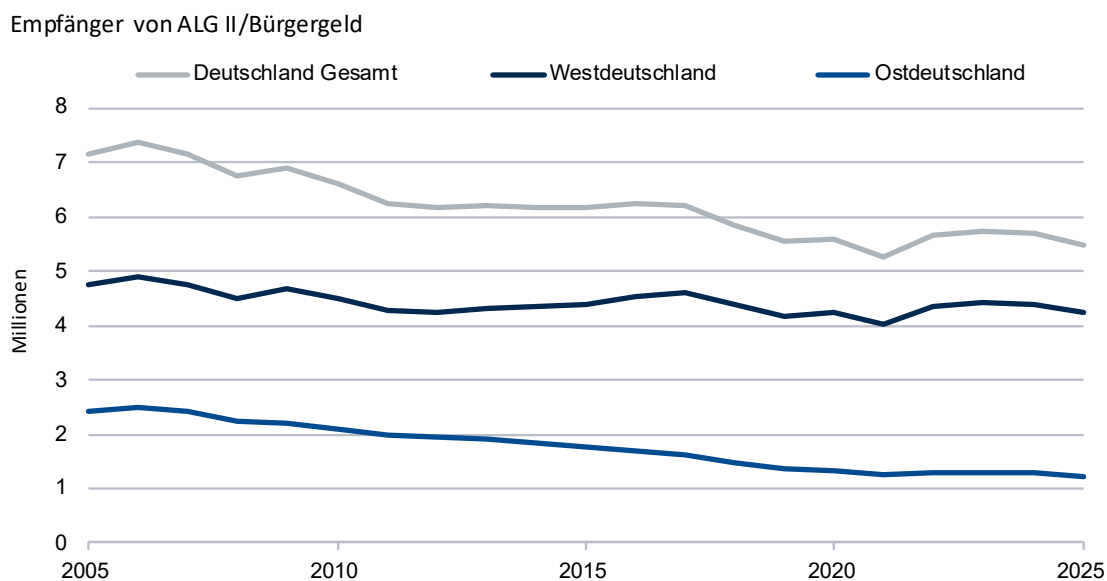
Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist seit 2005 zurück gegangen. Deshalb war zu erwarten, dass auch die Zahl der Empfänger von Sozialtransfers sinkt. Die Abbildung zeigt,

<sup>3</sup> Hier wird der Zeitraum ab 2005 betrachtet, weil die Zahl der Transferempfänger vorher wegen der Sozialreformen der Agenda 2010 nur eingeschränkt vergleichbar ist.

dass das durchaus so ist. Allerdings ergibt sich der Rückgang vor allem in Folge sinkender Zahlen von Transferempfängern in Ostdeutschland.

Abbildung 11

Zahl der Transferempfänger nimmt ab – vor allem im Osten



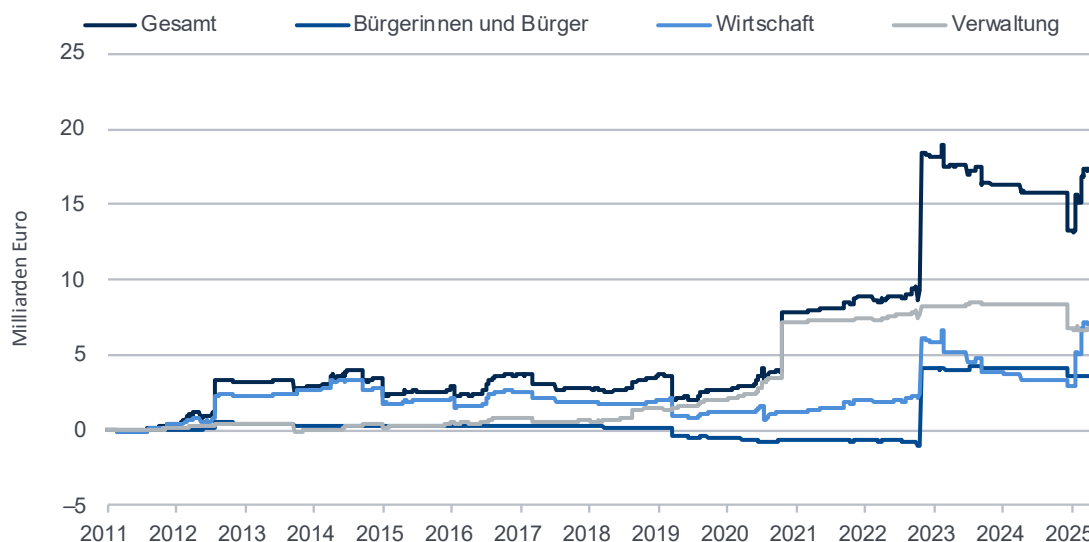
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

In Westdeutschland ist die Zahl ebenfalls gesunken, aber weit weniger. Dass nach wie vor Millionen von erwerbsfähigen Menschen zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts von staatlichen Hilfen abhängig sind, sollte Anlass geben, über Reformen der Transfersysteme und des Arbeitsmarktes nachzudenken. Zu berücksichtigen sind Ereignisse wie die Zuwanderungswelle des Jahres 2015 oder die große Zahl der Flüchtlinge aus der Ukraine. Diese treiben die Zahl der vom Sozialstaat abhängigen Menschen vorübergehend in die Höhe treiben, ebenso wie tiefe Wirtschaftskrisen wie etwa in Folge der Covid-Pandemie, im Jahr 2020. Daraus sollte aber kein Dauerzustand werden.

Ein intensiv diskutierter Grund für abnehmende individuelle Freiheit und wirtschaftliche Dynamik liegt im Bürokratieaufbau. Prinzipiell ist staatliche Bürokratie ein unentbehrlicher Teil staatlichen Handelns. Es kann jedoch ein Übermaß an bürokratischen Vorgaben und Regulierungen geben, bei denen das Verhältnis von Kosten und Nutzen nicht mehr stimmt. Es besteht weit reichender Konsens darüber, dass dies in Deutschland in vielen Bereichen der Fall ist. Der Normenkontrollrat dokumentiert regelmäßig die Entwicklung von Bürokratiekosten in Deutschland. Abbildung 12 zeigt, dass die Bürokratielasten in den letzten Jahren in der Tat deutlich zugenommen haben.

Abbildung 12  
 Bürokratiekosten sind deutlich gestiegen

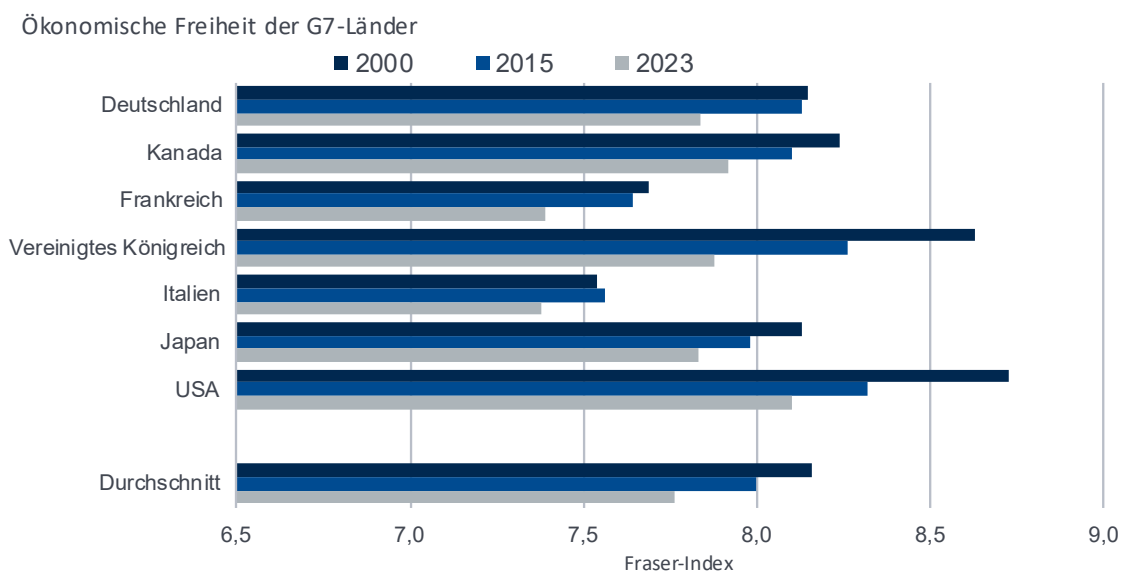
Entwicklung des jährlichen Erfüllungsaufwands



Quelle: Normenkontrollrat

Da ökonomische Freiheit und Verantwortung viele Dimensionen haben, ist es hilfreich, abschließend einen Blick auf aggregierte Maße ökonomischer Freiheit zu werfen. Ein vielfach verwendeter Indikator ist der Index ökonomischer Freiheit des Fraser-Instituts. Dieser Index fasst eine Vielzahl von Indikatoren wirtschaftlicher Freiheit zusammen, die von Steuerlasten über regulatorische Eingriffe bis hin zu Freiheitsbeschränkung durch Korruption und Umweltzerstörung reichen. Abbildung 13 illustriert, wie die so gemessene ökonomische Freiheit sich in den G7-Staaten seit dem Jahr 2000 entwickelt hat. Höhere Indexwerte stehen für ein höheres Maß an wirtschaftlicher Freiheit.

Abbildung 13  
 Ökonomische Freiheit nimmt ab



Quelle: Fraser Institut (2025)

Es zeigt sich, dass die ökonomische Freiheit im Durchschnitt der G7-Staaten seit dem Jahr 2000 gefallen ist. Deutschland konnte sich diesem Trend bis 2015 weitgehend entziehen, seitdem ist aber auch in Deutschland die ökonomische Freiheit gesunken. Das ist konsistent mit dem Befund steigender Staatsausgaben und zunehmender öffentlicher Verschuldung.

#### 4.4 Schlussfolgerung

Die hier betrachteten Indikatoren für die Entwicklung wirtschaftlicher Freiheit und Eigenverantwortung in Deutschland führen insgesamt zu einem gemischten Bild. Auffällig ist, dass die Staatsausgaben im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung vor allem seit 2019 deutlich zunehmen und Deutschland hier unter den G7-Staaten einen Sonderweg geht. Das hat zur Folge, dass die Politik den Weg niedriger Neuverschuldung aufgeben musste und sich von dem deutschen Sonderweg eine besonders soliden Verschuldungspolitik verabschiedet. Da diese Verschuldung Lasten nicht aus der Welt schafft, sondern in die Zukunft verlagert, müssen über kurz oder lang die Staatsausgaben wieder gekürzt oder Steuern und Abgaben erhöht werden, mit entsprechend negativen Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung und wirtschaftliche Freiheit.

Eine positive Entwicklung liegt im Rückgang der Zahl der Menschen, die von staatlichen Transfers in Form von ALG II oder Bürgergeld (künftig Grundsicherung für Arbeitsuchende)

#### Freiheit und Eigenverantwortung

abhängig sind. Angesichts des Rückgangs in der Zahl der Arbeitslosen und der allgemeinen Arbeitsmarktentwicklung hätte der Rückgang der Transferempfänger allerdings stärker ausfallen können. Die nach wie vor hohe Zahl an Empfängern von Bürgergeld (künftig Grundsicherung für Arbeitsuchende) wirft die Frage auf, ob die Maßnahmen zur Unterstützung der erwerbsfähigen Transferempfänger bei der Suche nach Beschäftigung und die finanziellen Anreize, Arbeit anzunehmen, reformbedürftig sind.

Ein wichtiges und wachsendes Hindernis für Freiheit und Eigenverantwortung liegt im Aufbau von immer mehr Bürokratie und Regulierung. Mittlerweile besteht ein weit reichender, parteiübergreifender Konsens, dass Bürokratieabbau dringend erforderlich sei. Das tatsächlich umzusetzen, erweist sich allerdings als langwieriger Prozess.

Die Bürokratisierung trägt auch dazu bei, dass Indikatoren allgemeiner wirtschaftlicher Freiheit sinken. Der Rückgang wirtschaftlicher Freiheit in Deutschland folgt zwar einem internationalen Trend, sollte aber deshalb nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Die Wahrung wirtschaftlicher Freiheit gehört zu den Grundideen der Sozialen Marktwirtschaft, und wirtschaftliche Freiheit ist eine wichtige Voraussetzung für die Schaffung von Wohlstand. Deshalb sollte der Wahrung wirtschaftlicher Freiheit als übergreifendes Ziel der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik höhere Priorität eingeräumt werden.

## 5 Zukunftsfähigkeit der Volkswirtschaft

### Kein Ausgleich der sinkenden Erwerbsbevölkerung durch Investitions- und Innovationskraft

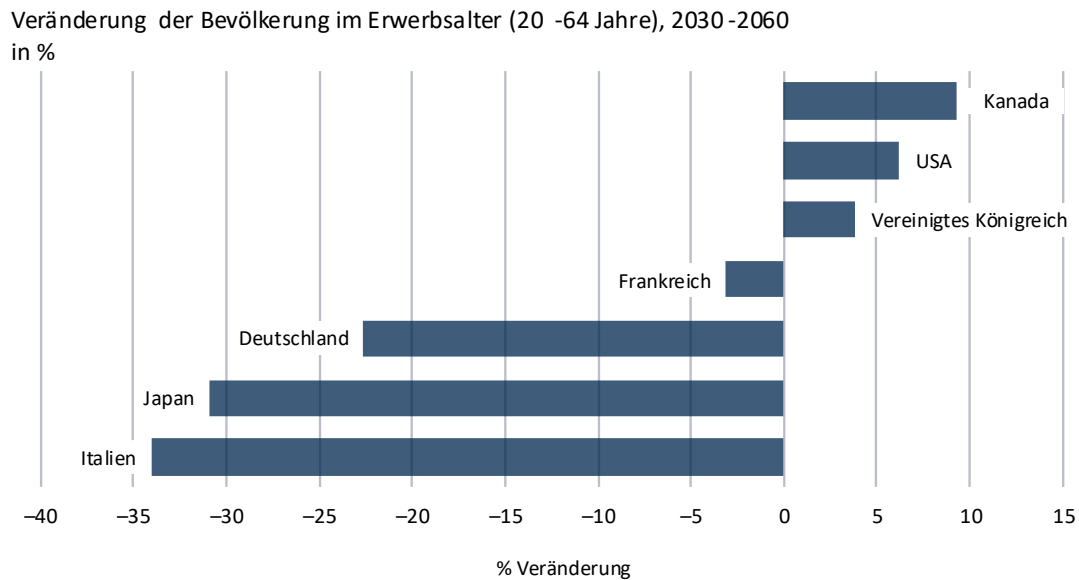
Die weitere Entwicklung des Wohlstands in Deutschland hängt von vielen Faktoren ab. Dazu gehören Variablen, die durch die heimische Politik und Gesellschaft nicht oder kaum beeinflussbar sind, z.B. die Politik der USA, Chinas und anderer wichtiger Länder, aber auch andere Faktoren, die aus Deutschland heraus stärker gestaltbar sind. Die Soziale Marktwirtschaft ist eine Wirtschaftsordnung, die beansprucht, anpassungsfähig zu sein und auf ökonomische, gesellschaftliche und politische Veränderungen konstruktiv reagieren zu können. Das wird angesichts der anstehenden Herausforderungen auch nötig sein.

#### 5.1 Demografischer Wandel

Für Deutschland ist die wichtigste wirtschaftliche Ressource die Arbeitskraft der Bevölkerung. Der größte Einfluss auf das Arbeitskräftepotenzial in den kommenden Jahren liegt im demographischen Wandel. Er wird dazu führen, dass die Zahl der Personen im Erwerbsalter sinkt. Bis zu einem gewissen Grad kann diese Entwicklung durch Migration verändert werden, aber das hat Grenzen. Die OECD hat Schätzungen zur Entwicklung der Erwerbsbevölkerung in den OECD-Mitgliedstaaten vorgelegt, die plausible Migrationsszenarien berücksichtigen. Dabei ergeben sich frappierende Unterschiede in der erwarteten Bevölkerungsentwicklung. Abbildung 14 gibt einen Überblick über die erwartete Veränderung der Erwerbsbevölkerung in den G7 Staaten im Zeitraum 2030-2060. Es zeigt sich, dass Deutschland mit einem Rückgang der Erwerbsbevölkerung um mehr als ein Fünftel rechnen muss, Italien sogar mit einem Rückgang um rund ein Drittel. Frankreich und das Vereinigte Königreich sind ebenfalls von demographischem Wandel betroffen, aber deutlich weniger. Sie können ihre Erwerbsbevölkerung ungefähr stabil halten. In den USA und Kanada wird sie sogar spürbar wachsen.

Die Aussicht auf einen starken Rückgang der Erwerbsbevölkerung unterstreicht die Notwendigkeit, durch Investitionen sowohl in physisches Kapital als auch in Humankapital sowie durch Innovationen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit trotz eines sinkenden Arbeitsvolumens zu erhalten.

Abbildung 14  
 Deutschlands Erwerbsbevölkerung sinkt rapide



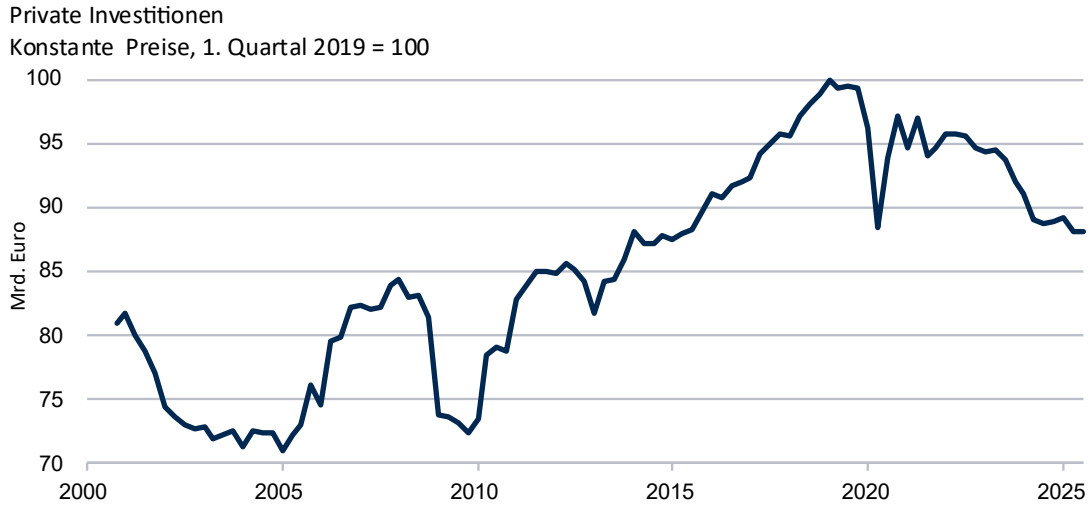
Quelle: OECD

## 5.2 Investitionen in physisches und Humankapital

Was die Investitionen in physisches Kapital angeht, ist die Entwicklung in Deutschland vor allem seit 2019 problematisch. Abbildung 15 zeigt, dass die privaten Investitionen seitdem sinken. Grundsätzlich ist es nicht ungewöhnlich, dass Investitionen im Zeitablauf schwanken. So ist erkennbar, dass die wirtschaftliche Schwächephase der Jahre 2001-2004 ebenfalls mit deutlich sinkenden Investitionen einherging. Die aktuelle Investitionsschwäche hält allerdings mit sechs Jahren allerdings bereits außergewöhnlich lange an. Im Jahr 2025 liegen die Investitionen um rund zwölf Prozent unter dem Niveau des Jahres 2019. Es handelt sich nicht um einen konjunkturell getriebenen, plötzlichen Rückgang, der sich absehbar in kurzer Zeit ins Gegenteil verkehren wird, sondern augenscheinlich eher um eine stetig verlaufende, strukturelle Veränderung.

Abbildung 15

### Anhaltende Schwäche bei privaten Investitionen

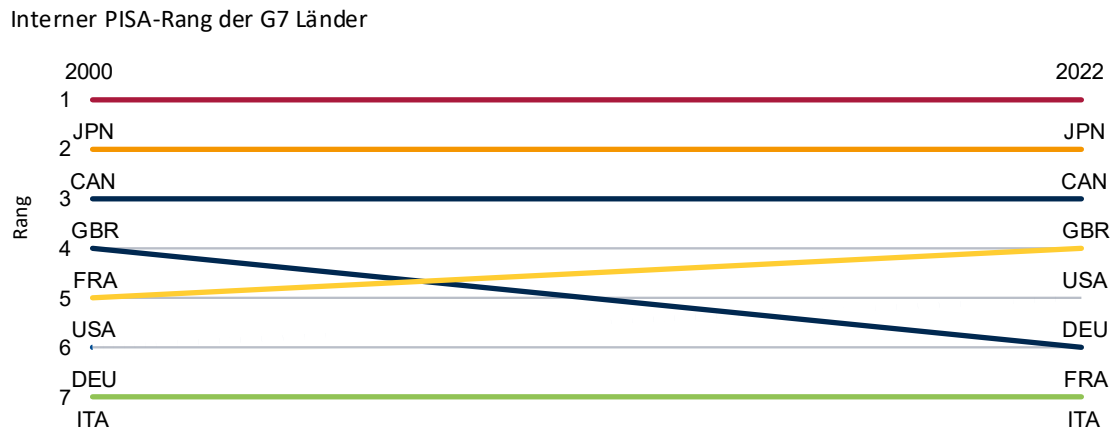


Quelle: Statistisches Bundesamt

Bei den Investitionen in Humankapital ist die Entwicklung kaum besser. Bildungsökonomische Studien zeigen, dass positive wirtschaftliche Effekte von Bildung weniger von den Bildungsausgaben abhängen als vielmehr von den erworbenen Fähigkeiten.

Abbildung 16

### Deutschland bei der Bildung Dritttletzter



Quellen: Source: DICE Report: Results of PISA 2000, CESifo Forum 3/2002, 49-52, OECD (2023), PISA 2022, Insights and Interpretations, Paris

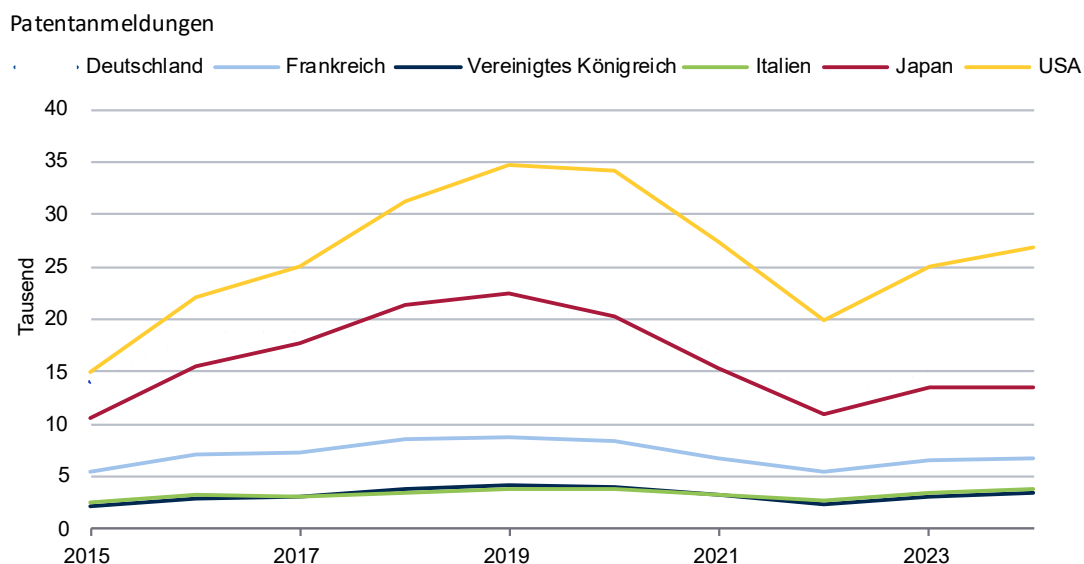
Der bekannteste international vergleichbare Indikator für Schülerleistungen ist der PISA-Test. Als die Ergebnisse des ersten PISA-Tests, der im Jahr 2000 stattfand, veröffentlicht wurden, sorgte das in Deutschland für den so genannten „PISA-Schock“. Deutsche 15-Jährige zeigten unterdurchschnittliche Leistungen beim Lesen, und haben in Mathematik und Naturwissenschaften erhebliche Defizite. Das passte nicht zum Selbstbild vieler Deutscher, die der Meinung waren, das deutsche Bildungssystem sei im internationalen Vergleich weit überdurchschnittlich gut.

Der PISA-Schock führte zu einer intensiven Debatte über das deutsche Bildungssystem und zu verschiedenen Bildungsreformen. Durchgreifende Verbesserung in den PISA-Ergebnissen wurden damit jedoch nicht erreicht. Abbildung 16 zeigt die Entwicklung im Vergleich der G7-Staaten. Deutschland scheint sich zwischen 2000 und 2022 zwar von Platz 6 auf Platz fünf verbessert zu haben. Tatsächlich haben sich die Leistungen der deutschen Schüler absolut gesehen verschlechtert. Die veränderte Rangfolge lässt sich dadurch erklären, dass die Leistungen in Frankreich noch stärker zurückgegangen sind. Dass es auch anders geht, zeigen Japan, Kanada und das Vereinigte Königreich die durchgehend auf den ersten drei Plätzen landen.

### 5.3 Innovationsfähigkeit

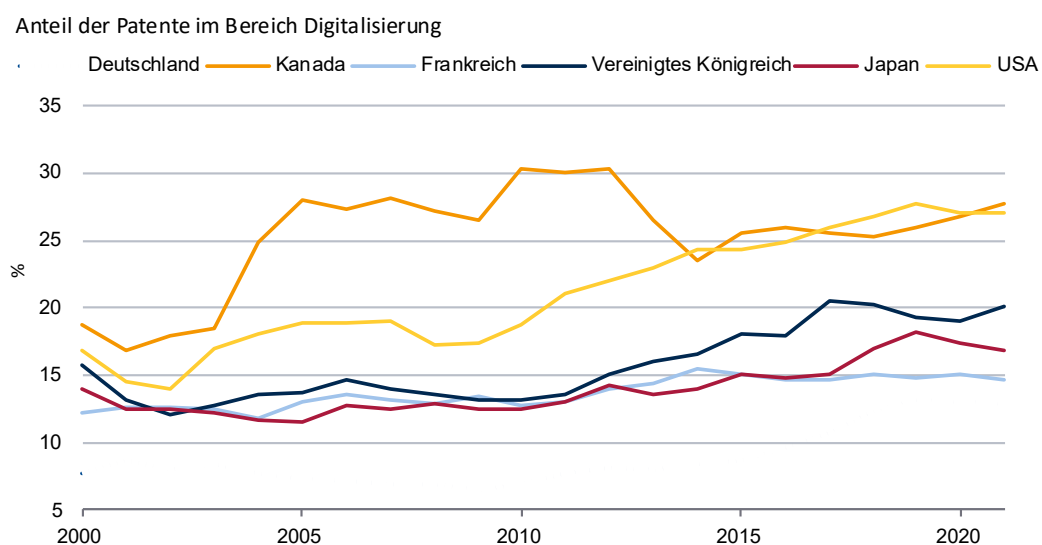
Neben der Bildung ist die Innovationsfähigkeit ein entscheidender Faktor für die künftige Entwicklung des Wohlstands. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Deutschland sind im internationalen Vergleich durchaus ansehnlich. Sie liegen bei 3,1 Prozent des BIP und damit oberhalb des G7-Durchschnitts von 2,5 Prozent. Stark ist Deutschland auch, wenn man die Zahl der Patente als Innovationsindikator heranzieht. Abbildung 17 zeigt, dass Deutschland bei der Zahl der vom Europäischen Patentamt gewährten Patente in der Spitzengruppe der betrachteten Staaten liegt (G7 ohne Kanada). Zwar ist Deutschland im Betrachtungszeitraum gegenüber den USA zurückgefallen, aber alle anderen G7-Staaten liegen hinter Deutschland, wenn auch im Fall Japans nur knapp.

Abbildung 17  
 Bei Patenten an zweiter Stelle



Quelle: Expertenkommission Forschung und Innovation

Abbildung 18  
 Digitalisierungsanteil deutscher Patente gering



Quelle: Expertenkommission Forschung und Innovation

Problematischer aus der Sicht Deutschlands und Europas ist die Zusammensetzung der Patente. Abbildung 18 illustriert den Anteil an den Patenten der einzelnen Länder, die in den Bereich der Digitalisierung fallen. Nur 13 Prozent der deutschen Patente weisen einen Digitalisierungsbezug auf, womit Deutschland das Schlusslicht unter den G7 ist.<sup>4</sup> USA und Kanada hingegen melden rund ein Viertel aller Patente in diesem Bereich an. Die Digitalisierung war für die wirtschaftliche Entwicklung der letzten beiden Jahrzehnte von überragender Bedeutung, und ihre Bedeutung wird in den kommenden Jahren vor allem durch das Aufkommen der Künstlichen Intelligenz voraussichtlich weiter zunehmen.

Deutschland und Europa engagieren sich zwar durchaus für Forschung und Entwicklung, sie haben aber das Problem, in Spitzentechnologien mit großen Wachstumspotenzialen zu wenig präsent zu sein. Diese Struktur ist bei Patenten sichtbar, aber auch bei Investitionen der Unternehmen in Forschung und Entwicklung. Fuest et al (2024) bezeichnen dieses Phänomen als "Mitteltechnologiefalle". Die Fokussierung auf etablierte, aber langsam wachsende Sektoren wie Automobil, Maschinenbau und Chemie ist ein wichtiger Faktor, der erklärt, warum Europa bei Wachstum und Produktivitätsentwicklung in den letzten beiden Jahrzehnten gegenüber den USA zurückgefallen ist.

## 5.4 Implizite Verschuldung

Aus Platzgründen soll hier kein internationaler Vergleich angestellt, sondern nur die Entwicklung in Deutschland dargestellt werden. Obwohl es in der Vergangenheit verschiedentlich Reformen gegeben hat, mit denen die impliziten Schulden in den Sozialversicherungen eingedämmt wurden, dominierten vor allem in der jüngeren Vergangenheit Maßnahmen, die eher zu einer Ausweitung der Leistungen und damit der künftigen Finanzierungslasten geführt haben. Abbildung 19 illustriert, wie die Gesamtverschuldung des öffentlichen Sektors, die sich aus der Summe aus expliziter und impliziter Verschuldung ergibt, sich in den letzten zwei Jahrzehnten entwickelt hat.

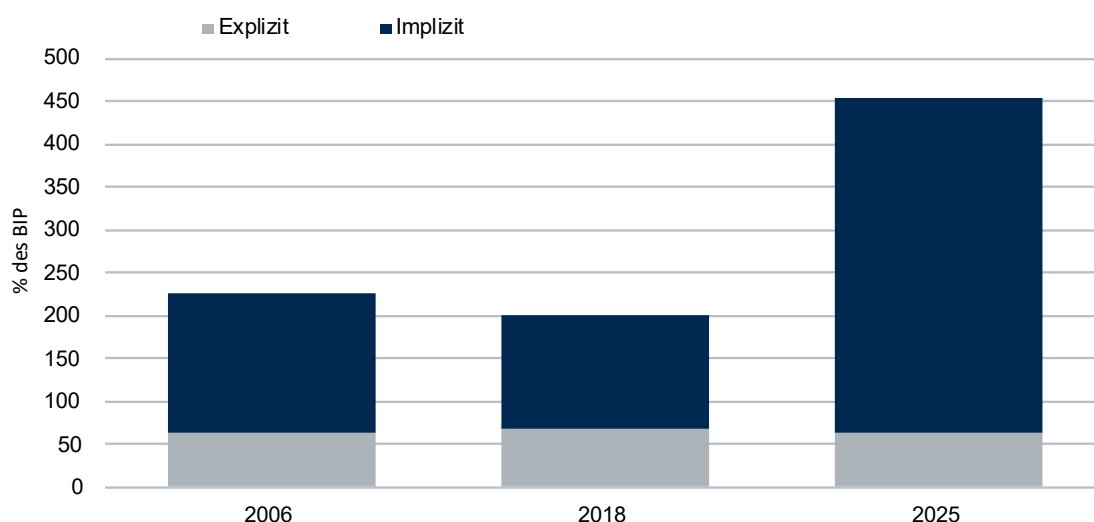
Während die explizite Verschuldung im Jahr 2025 gemessen an der Wirtschaftsleistung nicht viel höher war als im Jahr 2006, ist die implizite Verschuldung massiv gestiegen. Der Anstieg ergibt sich vor allem gegenüber dem Jahr 2018. Er ist also in vergleichsweise kurzer Zeit erfolgt. Getrieben ist dieser Anstieg vor allem durch Maßnahmen in der gesetzlichen Rentenversicherung, insbesondere den diversen Haltelinien und dem jüngsten Rentenpaket der Großen Koalition, das in den 2030er Jahren zu massiven Mehrausgaben führen wird.

---

<sup>4</sup> In absoluten Zahlen wurden in Deutschland im Jahr 2021 3.700 Patentanmeldungen im Bereich der Digitalisierung angemeldet. Die Anzahl der Digitalisierungspatente in der EU lag bei 9.700. Im Vergleich dazu lagen die digitalisierungsbezogenen Patente in den USA (17.800) und China (21.600) deutlich höher (vgl. Expertenkommission Forschung und Innovation 2025)

Abbildung 19  
 Implizite Staatsverschuldung steigt sprunghaft

Explizite und implizite Staatsschuld



Quelle: Raffelhüschen et al.

Man kann hier entgegenen, dass Berechnungen zur Höhe der impliziten Schulden von diversen Annahmen über relevante ökonomische Variable wie etwa Diskontierungszinsen oder die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen abhängen. Über diese Variablen besteht teilweise erhebliche Unsicherheit. Das bedeutet allerdings nur, dass man sich in beide Richtungen irren kann. Die tatsächlichen impliziten Schulden könnten niedriger, aber auch noch deutlich höher sein. Aus den Zahlen für das Jahr 2025 geht im Wesentlichen hervor, dass die Leistungsversprechen, die in den Sozialversicherungen gemacht werden, auch bei wachsenden Finanzierungsbeiträgen realistischere nicht einzulösen sind. Je mehr Reformen verzögert werden, desto größer wird die mit ihnen verbundene Leistungseinschränkung ausfallen müssen.

Hinzu kommt, dass in den kommenden Jahren auch die explizite Verschuldung erheblich anwachsen wird. Das ist eine Folge des Sondervermögens für Investitionen und Klimaschutz und der neu eröffneten Verschuldungsspielräume für Verteidigungsausgaben. Mit den zusätzlichen Schulden werden die Zinslasten in den öffentlichen Haushalten spürbar steigen. Schon deshalb wird es nicht möglich sein, die derzeit vorgesehenen wachsenden Ausgaben in den sozialen Sicherungssystemen zu finanzieren.

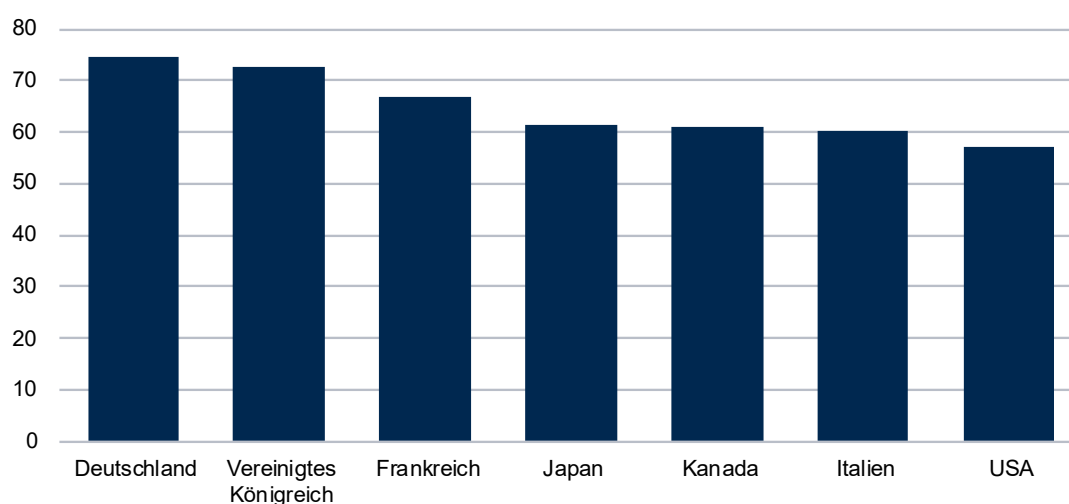
## 5.5 Umweltschutz

Zukunftsfähigkeit hängt last but not least in großem Umfang auch von der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ab. In den letzten Jahren stand hier der Klimaschutz im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Das hat angesichts der überragenden globalen Bedeutung der Klimaerwärmung seine Berechtigung. Zugleich ist der Einfluss Deutschlands auf das Weltklima gering. Die Umweltqualität und ihre Folgen für Gesundheit und Wohlbefinden hat allerdings viele weitere Dimensionen. Viele lokale Umweltprobleme wie der Rückgang der lokalen Biodiversität, die Feinstaub- oder Lärmbelastung sind auch durch lokale Politik beeinflussbar. Es fehlen umfassende Indikatoren für Umweltqualität, die im Zeitablauf konsistent und international vergleichbar erhoben werden. Zumindest im Querschnitt für internationale Vergleiche geeignet ist der Environmental Performance Index (siehe Abbildung 20). Er fasst vielfältige Indikatoren aus den Bereichen Umweltgesundheit (Luft- und Gewässerverschmutzung, Feinstaubbelastung, Lärmbelastung, Umweltgifte usw.), Klimapolitik (CO<sub>2</sub>-Emissionen, Anpassung an Klimaschutz usw.) und Vitalität des Ökosystems (Biodiversität, Naturschutzgebiete, Wälder, Schutz bedrohter Arten usw.) zu einer Indexzahl zusammen. Der Index kann Werte zwischen 0 und 100 annehmen, wobei höhere Indexzahlen eine bessere Bewertung der Leistung eines Landes beim Umweltschutz bedeuten.

Abbildung 20

Deutschland vergleichsweise gut im Umweltschutz

Environmental Performance Index (EPI) 2024



Quelle: Environmental Performance Index

#### Zukunftsfähigkeit der Volkswirtschaft

Es zeigt sich, dass Deutschland beim Umweltschutz unter den G7-Staaten Platz 1 einnimmt. Das soll nicht heißen, dass es für die Zukunft in diesem Bereich in Deutschland keinen Handlungsbedarf gibt. Den gibt es in allen G7 Staaten und darüber hinaus. Das gilt für lokale Umweltprobleme wie den Schutz der Gewässer und der Wälder, die Feinstaubbelastung, die Lärmbelastung, und auch globale Umweltprobleme wie die Klimaerwärmung und den weltweiten Rückgang der Biodiversität. Beim globalen Umweltproblemen wie Biodiversität und Klimaschutz erfordert Fortschritt internationale Zusammenarbeit. Deutschland kann allerdings allein handeln, wenn es um Maßnahmen zur Anpassung an die Klimaerwärmung geht, etwa besseren Schutz vor Extremwetterereignissen und Überschwemmungen.

## 5.6 Schlussfolgerungen

Aus der Analyse in diesem Abschnitt folgt, dass die deutsche Volkswirtschaft zwar auf einem hohen Wohlstandsniveau operiert, dass für die Wahrung und weitere Mehrung dieses Wohlstands allerdings deutlich mehr getan werden muss als bisher. In vielen der hier betrachteten Dimensionen von Zukunftsfähigkeit weist Deutschland Defizite auf. Das gilt vor allem für die staatliche Verschuldung, die Innovationsfähigkeit und die Entwicklung sowohl des physischen Kapitals als auch des immateriellen Kapitals insbesondere in Form von Bildung. Im Bereich des Umweltschutzes schneidet Deutschland nach den hier betrachteten Indikatoren besser aber als die anderen G7-Staaten. Das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass gerade beim Klimaschutz Handlungsbedarf besteht, dem man nur durch internationale Kooperation gerecht werden kann.

## 6 Resilienz und Widerstandsfähigkeit

### Herausforderungen für die Soziale Marktwirtschaft durch eine Welt im Umbruch

Die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland war im Lauf ihrer Geschichte mit zahlreichen Schocks konfrontiert. Der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg und die Integration von Millionen Vertriebenen, der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems und die Ölpreisschocks der 1970er Jahre, die Wiedervereinigung, die globale Finanzkrise 2008/2009 oder die Covid-Pandemie sind nur einige Beispiele dafür (vgl. Abelshauser 2011).

Die gegenwärtige Situation unterscheidet sich von früheren Krisen allerdings durch die Gleichzeitigkeit mehrerer tiefgreifender Veränderungen. Bundeskanzler Friedrich Merz sprach in diesem Kontext in seiner Neujahrsansprache zum Jahr 2026 von einem Epochenbruch, mit dem Deutschland konfrontiert sei. Damit ist gemeint, dass die regelbasierte Ordnung, die sich nach 1945 herausgebildet hat, unter massiven Druck geraten ist. Geopolitische Spannungen haben zugenommen und internationale Wirtschaftsverflechtungen werden in diesem Kontext zunehmend als politisches Druckmittel instrumentalisiert. Zugleich stehen auch im Inneren Rechtsstaat und Demokratie unter Druck.

Die Fähigkeit eines Wirtschaftssystems, mit solch tiefgreifenden Schocks umzugehen, lässt sich in zwei Dimensionen betrachten. Resilienz bezeichnet die Fähigkeit, sich von einem Schock rasch zu erholen. Widerstandsfähigkeit meint die Fähigkeit, Schocks standzuhalten, ohne größeren Schaden zu nehmen (Brunnermeier 2021). Beide Eigenschaften sind für die Zukunftsfähigkeit des deutschen Wirtschaftsmodells von großer Bedeutung, auch wenn sie bislang nicht unbedingt im Zentrum des Denkens über die Soziale Marktwirtschaft standen. Ihre Vordenker sahen in der Sozialen Marktwirtschaft allerdings kein geschlossenes System, sondern einen „der Ausgestaltung harrender, progressiver Stilgedanke“ (Müller-Armack 1976); ein offenes Ordnungskonzept also, das sich an veränderte Rahmenbedingungen anpassen lässt (vgl. Kapitel 1). Die konzeptionelle Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft um Fragen der Resilienz und Widerstandsfähigkeit steht in dieser Tradition.

Im Folgenden werden vier Aspekte der Resilienz und Widerstandsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft untersucht: die Verwundbarkeit der deutschen Außenhandelsbeziehungen, die Abhängigkeit von Energieimporten, die Bedeutung von Verteidigungsausgaben sowie die Stabilität von Rechtsstaat und Demokratie als fundamentale institutionelle Voraussetzungen für wirtschaftliche Entwicklung.

### 6.1 Außenhandel

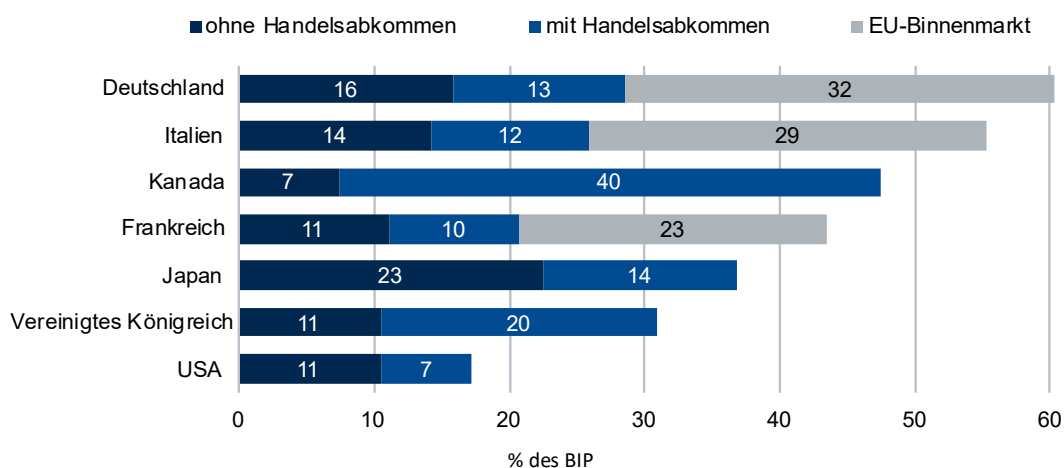
Deutschland weist unter den G7-Staaten die höchste Handelsoffenheit auf. Abbildung 21 zeigt, dass das Handelsvolumen im Jahr 2024 rund 60 Prozent des BIP betrug. Damit liegt

Deutschland deutlich über den USA mit 17 Prozent, dem Vereinigten Königreich mit 31 Prozent oder Frankreich mit 43 Prozent. Nur Italien mit 55 Prozent kommt in eine ähnliche Größenordnung.

Abbildung 21

Deutschland weist unter den G7 die höchste Handelsoffenheit auf

Internationaler Warenhandel in% des BIP (2024)



Quellen: Gaulier /Zignago (2010), Egger/Larch (2008), eigene Berechnungen.

Eine hohe Handelsoffenheit bedeutet nicht zwangsläufig hohe Verwundbarkeit. Im Gegenteil: Internationaler Handel kann als Versicherung gegenüber länderspezifischen Schocks fungieren, da er Diversifizierungsmöglichkeiten bietet (Caselli et al. 2020). Wenn die heimische Wirtschaft von einem Schock getroffen wird, können Importe helfen, Versorgungsengpässe zu vermeiden. Wenn wichtige Handelspartner von Schocks betroffen sind, können Exporte in andere Märkte umgelenkt werden. Die Diversifizierung von Handelsbeziehungen erhöht somit die Resilienz einer Volkswirtschaft.

Abbildung 21 macht auch die überragende Bedeutung des EU-Binnenmarkts für Deutschland deutlich. Mehr als die Hälfte des deutschen Außenhandels, nämlich 32 Prozentpunkte der insgesamt 60 Prozentpunkte, entfällt auf den Handel innerhalb der EU. Der EU-Binnenmarkt bildet damit das Rückgrat des deutschen Außenhandels. Ein funktionsfähiger und gut integrierter Binnenmarkt leistet einen entscheidenden Beitrag für die Widerstandsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Zugleich besteht hier noch großes wirtschaftliches Potenzial, beispielsweise durch eine weitere Integration im Dienstleistungshandel (Dorn et al. 2024).

Die Abbildung zeigt, dass neben dem EU-Binnenmarkt ein erheblicher Teil des deutschen Handels durch Freihandelsabkommen (FHA) abgedeckt ist. Handel in einer Größenordnung von 13 Prozent des BIP entfällt auf Länder, mit denen die EU-Freihandelsabkommen

## Resilienz und Widerstandsfähigkeit

geschlossen hat. Handel in Höhe von 16 Prozent des BIP entfällt dagegen auf Handel mit Ländern ohne solche Abkommen. Unter den G7-Staaten ist dieser Anteil nur in Japan höher. Da die regelbasierte multilaterale Welthandelsordnung unter massivem Druck steht, können Freihandelsabkommen in diesem Umfeld als Sicherheitsnetz dienen, falls die multilaterale Ordnung weiter zerfällt. Sie ermöglichen zudem weitergehende Liberalisierungen, die im multilateralen Rahmen schwer zu erreichen sind. Für Deutschland und die EU ist es daher wichtig, den Anteil des Außenhandels zu erhöhen, der durch Freihandelsabkommen abgedeckt ist. Hier eröffnet sich derzeit ein Zeitfenster. Die protektionistische Handelspolitik der USA führt dazu, dass andere wichtige Volkswirtschaften wie Indien oder Malaysia verstärkt Interesse an verlässlichen und regelbasierten Handelsbeziehungen zeigen und offener für Freihandelsabkommen sind als in der Vergangenheit. Die EU sollte diese Gelegenheit nutzen, um ihr Netz an Freihandelsabkommen auszubauen und zu vertiefen. Eine solche europäische Freihandelsoffensive könnte nicht nur einen Beitrag zu mehr Resilienz und Widerstandsfähigkeit leisten, sondern zudem wichtige Wachstumsimpulse für die deutsche Wirtschaft und insbesondere für die deutsche Industrie generieren (Baur et al. 2025).

Für die wirtschaftliche Resilienz eines Landes ist insbesondere der Diversifizierungsgrad der Außenhandelsbeziehungen auf der Ebene spezifischer Produkte wichtig. Wenn bei wichtigen Produkten eine Abhängigkeit von einem oder wenigen dominanten Lieferländern besteht, macht dies Lieferketten anfällig für Schocks und schafft Potenzial für wirtschaftliche Erpressungsversuche. Ein prominentes Beispiel dafür sind die im vergangenen Jahr eingeführten Exportrestriktionen Chinas bei kritischen Rohstoffen.

Abbildung 22 zeigt für die G7-Staaten, wie gut ihre Importe auf Produktebene diversifiziert sind. Die Konzentration wird dabei mit dem Herfindahl-Hirschman-Index (HHI) gemessen, einem Maß dafür, wie stark die Importe eines bestimmten Produkts auf wenige Lieferländer konzentriert sind. Ein HHI-Wert über 0,4 wird hier als Schwellenwert für eine hohe Konzentration verwendet und bedeutet grob gesprochen, dass ein Produkt nur von einem bis drei dominanten Handelspartnern bezogen wird.<sup>5</sup>

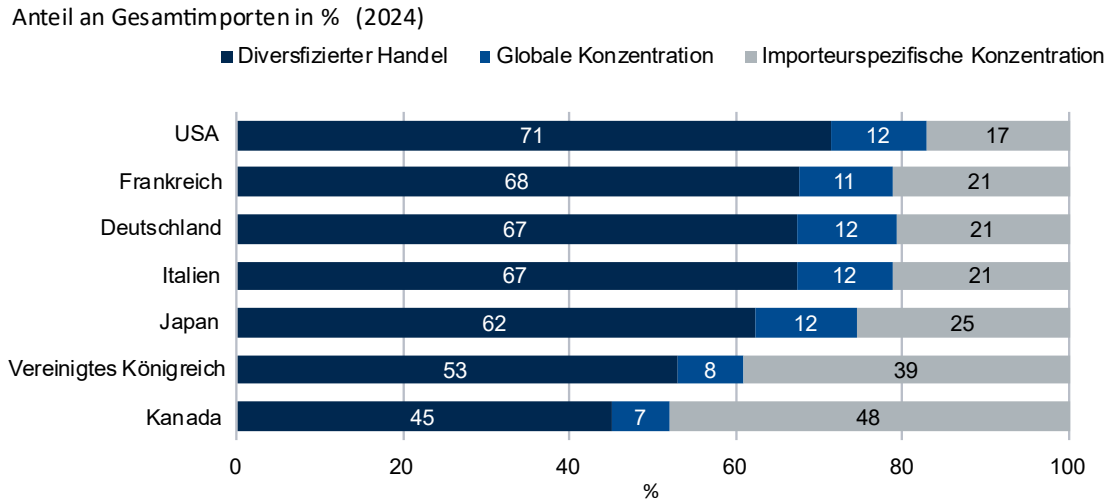
Für Deutschland sind 67 Prozent der Einfuhren auf Produktebene diversifiziert, das heißt die Importe dieser Produkte verteilen sich auf viele Lieferländer. Die verbleibenden 33 Prozent der deutschen Importe weisen allerdings eine hohe Konzentration auf – hier bezieht Deutschland Produkte von nur wenigen Lieferanten. Ein erheblicher Teil dieser Konzentrationen ist deutschlandspezifisch: 21 Prozent der deutschen Importe entfallen auf Produkte, bei denen Deutschland nur wenige Lieferanten nutzt, obwohl der Weltmarkt durchaus diversifiziert ist. Nur 11 Prozent betreffen Produkte mit globaler Konzentration, bei denen das weltweite Angebot begrenzt ist und auch andere Länder nicht leicht auf alternative Quellen ausweichen können.

---

<sup>5</sup> Intra-EU-Handel wird hier für die Berechnung des HHI nicht berücksichtigt. Für Nicht-EU-Länder wird die EU als ein einheitlicher Zulieferer behandelt.

Abbildung 22

Ein Drittel der deutschen Importe ist auf wenige Lieferländer konzentriert



Quellen: Gaulier /Zignago (2010), eigene Berechnungen.

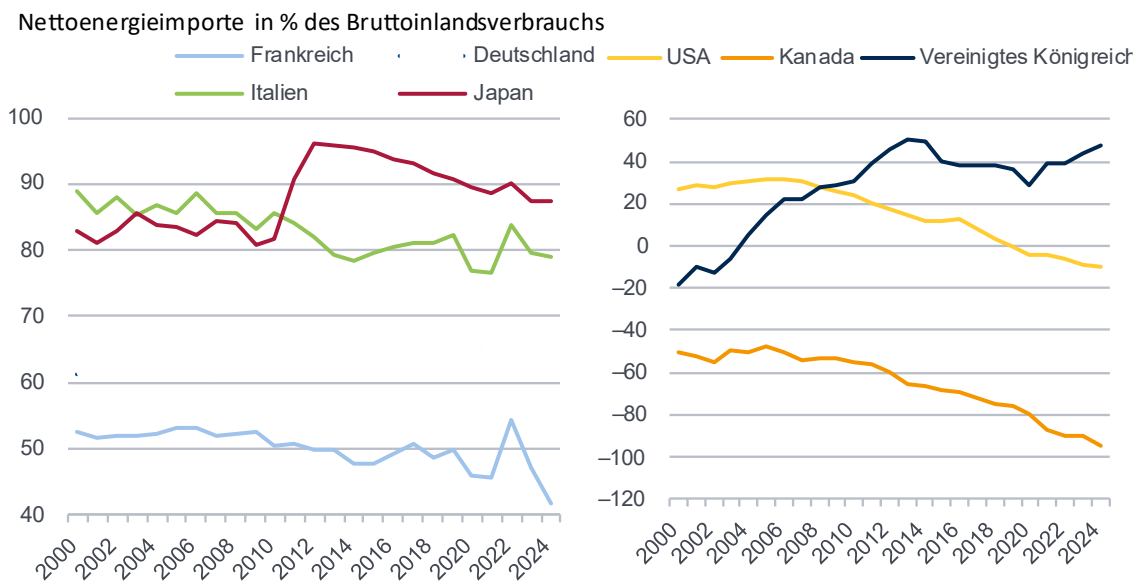
Deutschland liegt damit im oberen Mittelfeld der G7-Staaten. Die USA weisen mit 71 Prozent den höchsten Anteil diversifizierten Handels auf, während Kanada und das Vereinigte Königreich mit 45 beziehungsweise 53 Prozent deutlich stärker von konzentrierten Lieferketten abhängig sind. Dies spiegelt die große Bedeutung der USA für Kanada und der EU für das Vereinigte Königreich als Handelspartner wider. Die hohe importeurspezifische Konzentration bei den deutschen Importen ist im Prinzip eine gute Nachricht, denn sie signalisiert Diversifizierungspotenzial. Der Weltmarkt bietet für diese Produkte alternative Lieferanten, aber Deutschland nutzt sie bislang nicht. Hier kann die Außenhandelspolitik ansetzen. Instrumente der Exportförderung und neue Freihandelsabkommen können helfen, neue Lieferbeziehungen aufzubauen und bestehende Abhängigkeiten zu reduzieren. Angesichts wachsender geopolitischer Spannungen sollte die Diversifizierung kritischer Lieferketten mit großer Dringlichkeit vorangetrieben werden.

## 6.2 Energieimportabhängigkeit

Die Abhängigkeit von Energieimporten ist eine weitere zentrale Dimension der wirtschaftlichen Verwundbarkeit, wie nicht zuletzt die Gaskrise im Jahr 2022 und die kriegerische Eskalation im Nahen Osten im Frühjahr 2026 zeigen. Die Energieimportabhängigkeit, gemessen als Anteil der Nettoimporte am Bruttoinlandsverbrauch von Energie, ist in Deutschland seit der Jahrtausendwende deutlich gestiegen: Deutschland importiert heute rund 70 Prozent seines Energiebedarfs, gegenüber 61 Prozent im Jahr 2000 (vgl. Abbildung 23). Damit hat sich Deutschland gegenläufig zu anderen großen Nettoimporteuren entwickelt: In Italien ist die Importabhängigkeit im selben Zeitraum gesunken, in Frankreich liegt sie dank

der Kernenergie deutlich niedriger. Besonders auffällig ist der Kontrast zu Nordamerika: Die USA haben sich durch den Ausbau der heimischen Öl- und Gasförderung vom Nettoimporteur zum Nettoexporteur entwickelt.

Abbildung 23  
 Deutschlands Energieimportabhängigkeit ist gestiegen



Quellen: IEA World Energy Balances, eigene Berechnungen.

Der Anstieg der deutschen Energieimportabhängigkeit ist auf einen Rückgang der heimischen Energieproduktion zurückzuführen, der durch Effizienzgewinne und den Ausbau erneuerbarer Energien nicht ausgeglichen werden konnte. Dabei spielt auch die Energiepolitik eine Rolle: Deutschland hat z.B. mit dem Atomausstieg und dem Verzicht auf eigene Schiefergasförderung das inländische Energieangebot de facto verknappt. Für mehr Resilienz im Bereich der Energieversorgung sind die Diversifizierung der Energieimporte, die Steigerung der Energieeffizienz und die weitere Integration des europäischen Energiemarkts wichtige Hebel. Entscheidend ist darüber hinaus die Stärkung der heimischen Energieproduktion, insbesondere durch einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und der dafür notwendigen Netz- und Speicherinfrastruktur

### 6.3 Verteidigungsfähigkeit und Sicherheit

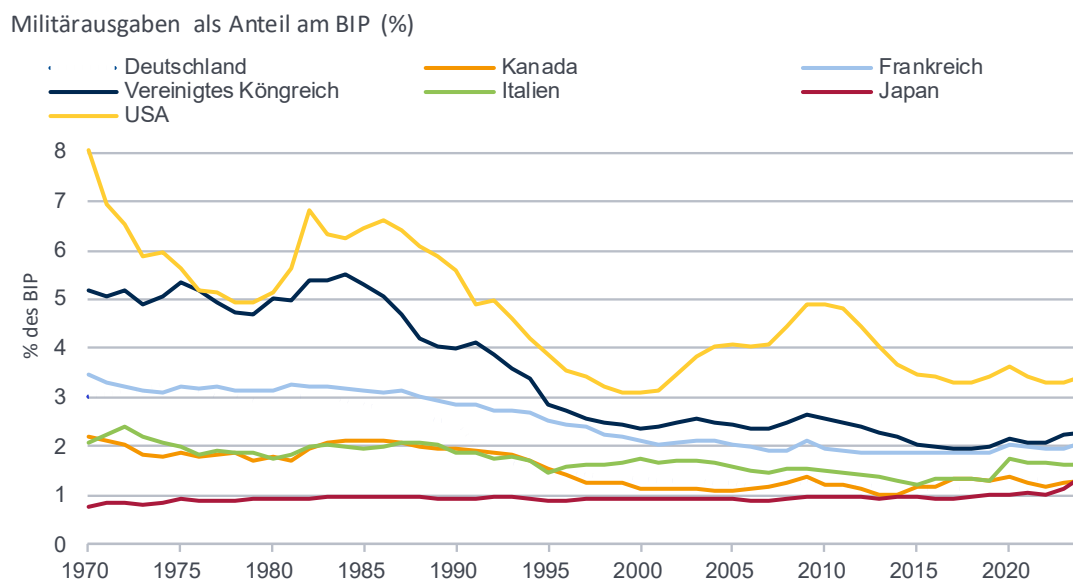
Die Herausforderungen für die Resilienz Deutschlands beschränken sich nicht ausschließlich auf Aspekte der Wirtschaftssicherheit. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die wachsende Unsicherheit über die Verlässlichkeit des transatlantischen Bündnisses haben die Bedeutung militärischer Verteidigungsfähigkeit in den Vordergrund gerückt.

Äußere Sicherheit ist dabei eine grundlegende Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität und gesellschaftlichen Wohlstand.

Abbildung 24 zeigt die Entwicklung der Verteidigungsausgaben der G7-Staaten als Anteil am BIP seit 1970. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs haben die meisten westlichen Länder eine „Friedensdividende“ eingestrichen und ihre Verteidigungsausgaben im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung deutlich gesenkt. Deutschland hat diesen Weg besonders konsequent beschritten: Während die Verteidigungsausgaben zu Beginn der 1990er Jahre noch bei etwa 2,5 Prozent des BIP lagen, sanken sie bis 2014 auf einen Tiefstand von rund 1,1 Prozent. Auch andere europäische G7-Staaten wie Frankreich, Italien und das Vereinigte Königreich reduzierten ihre Ausgaben erheblich, wenn auch nicht im gleichen Ausmaß wie Deutschland. Die USA hingegen hielten ihre Verteidigungsausgaben auf einem deutlich höheren Niveau zwischen drei und fünf Prozent des BIP.

Abbildung 24

Trendumkehr bei den deutschen Verteidigungsausgaben erkennbar



Quelle: Stockholm International Peace Research Institute

Spätestens mit dem russischen Überfall auf die Ukraine im Jahr 2022 wurde deutlich, dass ein rascher Aufwuchs der Verteidigungsausgaben unumgänglich ist. Deutschland hat seitdem seine Militärausgaben deutlich erhöht und im Jahr 2024 erstmals seit den 1990er Jahren wieder die im Jahr 2014 vereinbarte NATO-Zielmarke von zwei Prozent des BIP erreicht. Mit der im Jahr 2025 beschlossenen Bereichsausnahme für Verteidigungsausgaben von der Schuldenbremse soll die Verteidigungsfähigkeit weiter gestärkt werden.

Der notwendige Aufwuchs der Ausgaben für die äußere Sicherheit bedeutet eine erhebliche Kraftanstrengung für den Bundeshaushalt. Kurzfristig ist die Finanzierung über Schulden, etwa durch das Sondervermögen und die Bereichsausnahme von der Schuldenbremse, sinnvoll und notwendig. Mittelfristig ist diese Strategie allerdings nicht tragfähig. Es wird ein Mix aus verschiedenen Finanzierungsquellen erforderlich sein, der eine begrenzte Neuverschuldung, Priorisierung und Umschichtungen im Haushalt mit entsprechenden Einschnitten in anderen Bereichen, und gegebenenfalls höhere Einnahmen beinhaltet. Die bereits hohe implizite Verschuldung durch die Sozialsysteme, die in Kapitel 4 diskutiert wurde, verschärft diese Herausforderung zusätzlich.

Bei der Verwendung der Verteidigungsausgaben sollte die Priorität auf Bereichen liegen, die langfristige Wirkung entfalten. Forschung und Entwicklung sowie der Aufbau technologischer Fähigkeiten sind dabei von besonderer Bedeutung. Moderne Verteidigungsfähigkeit hängt zunehmend von technologischer Überlegenheit ab, z.B. in den Bereichen Drohnen, Luftabwehr, Cyberabwehr und Künstliche Intelligenz. Zudem ist eine stärkere europäische Koordinierung bei Rüstungsinvestitionen notwendig. Die Fragmentierung der europäischen Verteidigungsindustrie führt zu Ineffizienzen und verhindert die Nutzung von Größenvorteilen. Eine bessere Koordinierung könnte die Wirksamkeit der Ausgaben erheblich steigern.

#### 6.4 Resilienz von Rechtsstaat und Demokratie

Die Resilienz einer Gesellschaft hängt nicht allein von ökonomischen Faktoren ab, sondern gründet letztlich auf der Stabilität ihrer institutionellen Ordnung. Rechtsstaat und Demokratie stehen dabei zunehmend unter Druck – durch externe Einflussnahme autoritärer Regime ebenso wie durch innere Erosionsprozesse. Die Interdependenz der Ordnungen, wie sie Walter Eucken beschrieben hat (1952), bedeutet, dass die Funktionsfähigkeit der Wirtschaftsordnung von der Stabilität der politischen und rechtlichen Ordnung abhängt. Ohne verlässliche Eigentumsrechte, durchsetzbare Verträge und unabhängige Gerichte kann eine marktwirtschaftliche Ordnung nicht dauerhaft funktionieren. Rechtsstaatlichkeit ist somit eine zentrale Voraussetzung für wirtschaftliche Resilienz.

Abbildung 25 zeigt die Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit in den G7-Staaten anhand der Worldwide Governance Indicators der Weltbank. Dieser Indikator fasst Einschätzungen aus vielfältigen Quellen, darunter Expertenbefragungen, Unternehmensbefragungen und Haushaltsbefragungen, zu einem Gesamtwert zusammen. Er misst unter anderem das Vertrauen in die Durchsetzung von Regeln, die Qualität der Justiz, die Effektivität von Polizei und Gerichten sowie den Schutz von Eigentumsrechten.

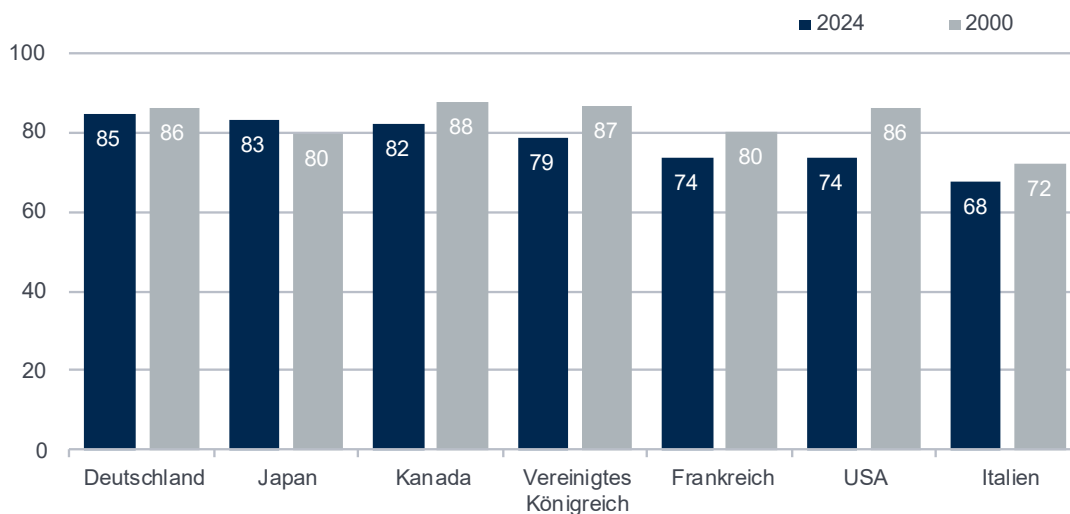
Deutschland erreicht im Jahr 2024 mit einem Wert von 85 die höchste Bewertung unter den G7-Staaten. Bemerkenswert ist, dass Deutschland neben Japan das einzige G7-Land ist, dessen Rechtsstaatlichkeit sich seit dem Jahr 2000 nicht signifikant verschlechtert hat. In den meisten anderen Ländern ist ein signifikanter Rückgang zu beobachten: Das Vereinigte Königreich fiel von 87 auf 79 Punkte, Frankreich von 80 auf 74, die USA ebenfalls von 86 auf

74, und Italien von 72 auf 68. Auch Kanada verzeichnete einen deutlichen Rückgang, allerdings auf weiterhin hohem Niveau (von 88 auf 82).

Abbildung 25

Deutschland steht bei der Rechtsstaatlichkeit an der Spitze der G7

Governance Score (0 bis 100, höhere Werte = bessere Governance)

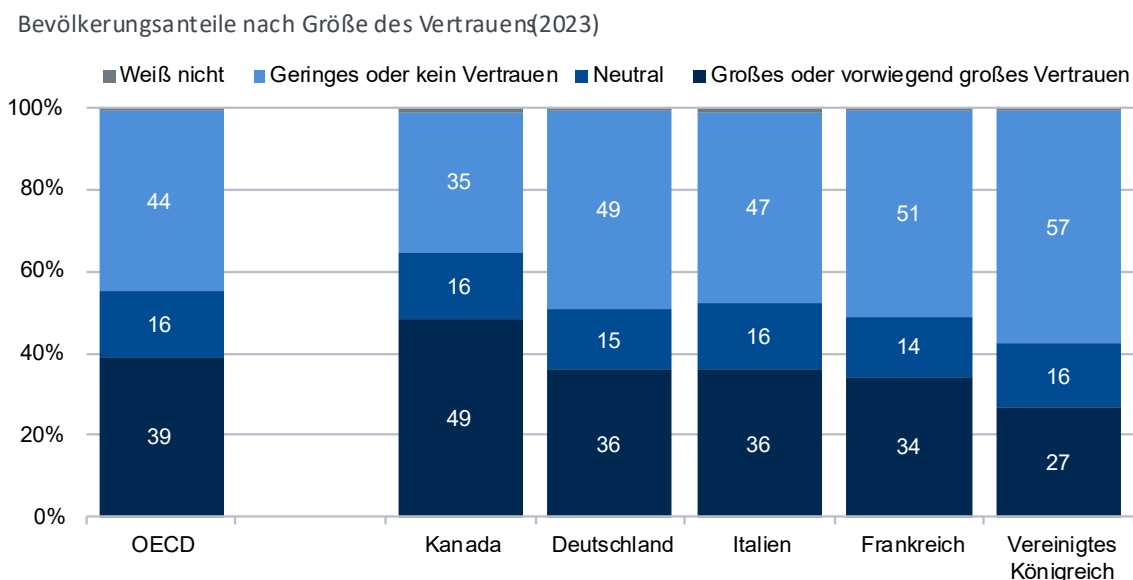


Quelle: Weltbank

Während Indikatoren für Rechtsstaatlichkeit Deutschland ein hohes Niveau bescheinigen, ist das Vertrauen der Bürger in ihre Regierung nicht besonders hoch. Abbildung 26 zeigt das Vertrauen in die nationale Regierung im internationalen Vergleich auf Basis des OECD Trust Survey 2023. In Deutschland geben nur 36 Prozent der Befragten an, großes oder vorwiegend großes Vertrauen in die Bundesregierung zu haben. Damit liegt Deutschland knapp unter dem OECD-Durchschnitt von 39 Prozent und am unteren Ende der hier betrachteten Länder. Lediglich das Vereinigte Königreich weist mit 27 Prozent noch niedrigere Werte auf. Kanada führt die Vergleichsgruppe mit 49 Prozent an, gefolgt von Deutschland, Italien (jeweils 36 Prozent) und Frankreich (34 Prozent).

Abbildung 26

## Nur gut ein Drittel der Deutschen vertraut der Bundesregierung



Quelle: OECD Trust Survey

Der OECD Trust Survey liefert auch Hinweise darauf, warum das Vertrauen der Deutschen in ihre Regierung vergleichsweise gering ist. Die Befragten bewerten zentrale Aspekte staatlicher Entscheidungsfindung kritisch: Nur 33 Prozent halten es für wahrscheinlich, dass die Regierung die Interessen verschiedener Generationen miteinander in Einklang bringt (OECD-Durchschnitt: 37 Prozent). Dass die Regierung evidenzbasierte Entscheidungen trifft, halten 39 Prozent für wahrscheinlich (OECD-Durchschnitt: 41 Prozent). Und nur 33 Prozent glauben, dass der Bundestag die Regierung wirksam zur Rechenschaft zieht (OECD-Durchschnitt: 38 Prozent). Deutschland liegt also in allen drei Dimensionen unter dem ohnehin nicht sonderlich hohen OECD-Durchschnitt. Dieses Vertrauensdefizit stellt eine Gefahr für die Resilienz von Demokratie und Rechtsstaat dar. Politische Systeme benötigen ein Mindestmaß an Vertrauen, um handlungsfähig zu bleiben. Dies gilt insbesondere in Krisenzeiten, die schnelles wirtschaftspolitisches Handeln und breite Akzeptanz möglicherweise unpopulärer Maßnahmen erfordern.

### 6.5 Schlussfolgerungen

Deutschland erlebt einen Epochenbruch, der die Resilienz und Widerstandsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft auf den Prüfstand stellt. Die hohe Handelsoffenheit Deutschlands stellt in diesem Kontext grundsätzlich eine Stärke dar. Denn der internationale Handel bietet Diversifizierungsmöglichkeiten und kann so als Versicherung gegenüber länderspezifischen Schocks wirken. Allerdings ist rund ein Fünftel der deutschen Importe auf wenige

## Resilienz und Widerstandsfähigkeit

Lieferländer konzentriert, obwohl der Weltmarkt Alternativen bietet. Hier besteht ungenutztes Diversifizierungspotenzial. Bei der Energieversorgung ist die Importabhängigkeit seit der Jahrtausendwende entgegen dem Trend in anderen G7-Staaten gestiegen, was die Verwundbarkeit gegenüber geopolitischen Schocks erhöht. Die äußere Sicherheit ist eine grundlegende Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität und gesellschaftlichen Wohlstand. Deutschland hat bei den Verteidigungsausgaben angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage zwar eine Trendwende eingeleitet, doch der notwendige Aufwuchs stellt die ohnehin angespannten Staatsfinanzen vor erhebliche Herausforderungen. Bei der Rechtsstaatlichkeit steht Deutschland im internationalen Vergleich gut da, doch das vergleichsweise geringe Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ihre Regierung gefährdet die Handlungsfähigkeit des politischen Systems in Krisenzeiten.

## 7 Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft sichern: Wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf

Weitreichende Reformen, um Ziele der Sozialen Marktwirtschaft auch künftig zu erreichen

Die Soziale Marktwirtschaft hat ihr Versprechen erfüllt, Wohlstand zu generieren. Deutschland hat ein im internationalen Vergleich hohes Wohlstandsniveau erreicht, obwohl es zwischenzeitlich große Herausforderungen wie etwa die deutsche Wiedervereinigung bewältigen musste. Allerdings ist bei mehreren Wohlstandsindikatoren spätestens seit dem Jahr 2020 ein Rückgang oder zumindest eine Stagnation zu beobachten. Das verdeutlicht, dass der Wohlstandsentwicklung, nicht zuletzt der wirtschaftlichen Dynamik mehr Aufmerksamkeit zu widmen ist. Andernfalls besteht die Gefahr, dass der Wohlstand in Deutschland verfällt oder die deutsche Bevölkerung zumindest von der weltweiten Wohlstandsentwicklung abgekoppelt wird.

### 7.1 Reformbedarf innerhalb Deutschlands

Wirtschaftliche Freiheit, Eigenverantwortung und eine begrenzte Rolle des Staates in der Wirtschaft sind wichtige Bedingungen für die Funktionsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft. Lasten durch Bürokratie und Regulierung haben stark zugenommen, unter anderem durch Gesetzgebungsaktivität der EU in den letzten Jahren. Dies bestätigt die Befürchtungen der Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft, dass sich die Bürokratie zunehmend ausufern würde – beispielsweise im Rahmen von Kriseninterventionen – und eine Reduktion der Bürokratie sehr schwierig sein würde. Außerdem nimmt der Anteil der Staatsausgaben an der Wirtschaftsleistung in Deutschland seit 2019 deutlich zu. Bislang wurde dieser Aufwuchs mit erhöhter Staatsverschuldung finanziert, aber diese Verschuldung schafft die Lasten nicht aus der Welt. Sie verlagert sie nur in die Zukunft. Wenn man vermeiden will, dass Steuererhöhungen das Wirtschaftswachstum belasten, müssen über kurz oder lang die Staatsausgaben wieder gekürzt werden. Dafür ist eine mehrjährig angelegte Strategie für Ausgabenkonsolidierung erforderlich, weil kurzfristig die Handlungsspielräume begrenzt sind.

Zur Sozialen Marktwirtschaft gehört eine breite Beteiligung am Wohlstand. Die Einkommensungleichheit in Deutschland ist vor allem in den 1990er und frühen 2000er Jahren gestiegen und seitdem mehr oder weniger konstant. Vor allem wegen des stark umverteilenden Steuer- und Sozialsystems ist die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen im internationalen Vergleich dennoch moderat. Ein an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit orientiertes Einkommensteuersystem und die Abfederung sozialer Härten gehören zum Kern der Sozialen Marktwirtschaft. Die aktuelle Ausgestaltung des Steuer- und Sozialsystems ist aber zu komplex und wenig anreizförderlich.

Zudem sinkt in den letzten Jahren die soziale Mobilität. Chancengerechtigkeit ist essenziell, um das Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft zu erfüllen, dass möglichst viele Menschen die Chance erhalten, durch eigene Leistung und Aufstieg am Wohlstand teilhaben zu können. Hier besteht ein direkter Zusammenhang mit dem Bildungssystem. Die Schülerleistungen haben sich in den letzten Jahren verschlechtert und sind im Vergleich zu anderen G7-Staaten nur unteres Mittelmaß. Vor allem Schüler aus bildungsfernen Haushalten haben im deutschen Schulsystem zu wenig Erfolg. Hier besteht Handlungsbedarf, nicht nur im Hinblick auf eine breite Beteiligung am Wohlstand, sondern auch deshalb, weil Bildung langfristig ein wichtiger Faktor für Wirtschaftswachstum ist.

Für die Zukunftsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft spielt die Ausstattung mit Arbeitskräften, physischem Kapital und Wissen eine wichtige Rolle. Eine besondere Herausforderung stellt der demographische Wandel dar. Hier gilt es, die Zuwanderung insbesondere höher qualifizierter Menschen in den deutschen Arbeitsmarkt zu fördern sowie Potenziale der vorhandenen Erwerbsbevölkerung besser zu nutzen. Besondere Bedeutung haben in diesem Kontext Bildung und Weiterbildung. Verbesserungen in diesem Bereich würden auch auf das Ziel einer möglichst breiten Beteiligung am Wohlstand einzahlen.

Zukunftsfähigkeit erfordert außerdem mehr private Investitionen und Innovationserfolge in besonders zukunftssträchtigen Bereichen wie der Digitalisierung. Dafür müssen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen verändert werden. Hier sollte der Abbau entbehrlicher Bürokratie und Regulierung eine zentrale Rolle spielen. Durch Bürokratieabbau könnte Deutschland seine Wirtschaftsleistung in einem Zeitraum von acht Jahren um vier Prozent steigern (vgl. Falck et al., 2024). Auch kann im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft eine bessere staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE) induziert sein. Private Investitionen in FuE bleiben in der Regel unter dem gesamtwirtschaftlich optimalen Niveau, da Unternehmen positive externe Wissensspillovers nicht in ihren Kalkulationen berücksichtigen. Das bestehende System der Innovationsförderung muss allerdings reformiert werden, um globale Entwicklungen und Herausforderungen besser adressieren zu können (Necker et al. 2025).

Zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit gehören Reformen, mit denen Leistungszusagen der sozialen Sicherungssysteme finanzierbar gehalten werden. Dabei sollten Effizienzsteigerungen vor allem im Gesundheits- und Pflegewesen eine wichtige Rolle spielen. Ohne Leistungseinschränkungen, insbesondere in der Rentenversicherung, wird es dennoch nicht gehen. Ludwig Erhard stand der Einführung des umlagefinanzierten Systems kritisch gegenüber. Er sah darin eine Gefahr für die Stabilität und eine Entwicklung hin zum Versorgungsstaat. Eine Weiterentwicklung in Richtung eines stärker kapitalgedeckten Rentensystems ist dringend erforderlich. Beim Umweltschutz steht Deutschland zumindest nach dem Indikator des EPI besser da als die anderen G7-Staaten, aber auch hier besteht weiterer Handlungsbedarf. Umweltpolitik als staatliche Aufgabe leitet sich aus den ursprünglichen Überlegungen zur Sozialen Marktwirtschaft ab, die die Internalisierung externer Effekte sowie die Bedeutung des Haftungsprinzips, d.h. der klaren Zuweisung von Risiken aus wirtschaftlichen Tätigkeiten, und vollständiger Eigentumsrechte für die Funktionsfähigkeit und die wohlfahrtssteigernde Wirkung von Märkten und Wettbewerb hervorhoben. Dabei ist es besonders wichtig, auch die Konsistenz der eingesetzten umweltpolitischen

Instrumente zu achten und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu wahren. Die Bepreisung externer Effekte ist am stärksten mit den Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft vereinbar und sollte sowohl im Klima- als auch im Umweltschutz stärker in den Mittelpunkt der Politikgestaltung gestellt werden. Diese Reformen müssen in einem Umfeld geleistet werden, in dem die Resilienz von Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland sowohl von außen als auch von innen stärker als bisher gefordert ist.

Die zunehmende politische Polarisierung in der Gesellschaft stellt wachsende Anforderungen an die Resilienz. Deutschland hat nach wie vor die Stärke, ein funktionierender Rechtsstaat mit hoher politischer Stabilität zu sein. Das Vertrauen der Bürger in ihre Regierung ist allerdings vergleichsweise gering. Die Politik sollte durch transparente, evidenzbasierte Entscheidungen verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen. Dies ist besonders wichtig, wenn schwierige Reformen wie bei den sozialen Sicherungssystemen anstehen, die Akzeptanz in der Bevölkerung erfordern. Schon die Gründerväter hoben die hohe Bedeutung der Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft hervor. Sie betonten die Bedeutung der allgemeinen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Eine Rückkehr zu wirtschaftlicher Stärke hat daher auch Bedeutung für die Akzeptanz.

## 7.2 Deutschlands Position in der Welt

Im internationalen Handel gilt es, die Abhängigkeit von dominanten Lieferanten bei kritischen Produkten zu reduzieren - vor allem dort, wo deutsche Importe spezifische Konzentrationen aufweisen, während der Weltmarkt diversifiziert ist. Einen wichtigen Beitrag zur Diversifizierung können neue Freihandelsabkommen leisten. Der EU-Binnenmarkt bleibt das Rückgrat des deutschen Außenhandels. Eine weitere Vertiefung bietet erhebliche Wachstumspotenziale. Wettbewerb gilt in der Sozialen Marktwirtschaft seit jeher die beste Voraussetzung zur Anpassungsfähigkeit im internationalen Wettbewerb. Es sei darauf hinzuwirken, dass die internationale und nationale Ordnungspolitik den gleichen Prinzipien folgen, schrieben die Gründerväter.

Deutschlands Importabhängigkeit bei der Energieversorgung hat seit der Jahrtausendwende zugenommen, entgegen dem Trend in anderen G7-Staaten. Die Diversifizierung der Energieimporte, die Steigerung der Energieeffizienz, die weitere Integration des europäischen Energiemarkts und die Stärkung der heimischen Energieproduktion sind zentrale Hebel für eine resiliente Energieversorgung.

Vor dem Hintergrund wachsender Bedrohung von außen und sinkender Bereitschaft der USA, Europa zu verteidigen, hat Deutschland beschlossen, mehr für Verteidigung auszugeben. Eine ausschließliche Finanzierung durch neue Schulden ist mittelfristig nicht tragfähig. Priorisierung und Umschichtungen im Haushalt werden auch hier erforderlich sein. Bei der Mittelverwendung sollten Forschung und Entwicklung, der Aufbau technologischer Fähigkeiten und eine stärkere europäische Koordinierung Vorrang haben.

### 7.3 Zehn Ansatzpunkte für eine wirtschaftspolitische Reformagenda

Diese Überlegungen lassen sich zu zehn Ansatzpunkten für eine wirtschaftspolitische Reformagenda verdichten. Diese Reformagenda bedeutet in vielen Punkten eine Rückbesinnung auf die eingangs erläuterten Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, die auch unter veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ihre Bedeutung behalten. Mit ihrer Umsetzung kann Deutschland auch künftig in die Lage versetzt werden, die Ziele der Sozialen Marktwirtschaft zu erreichen:

- **Bildungs- und Weiterbildungsoffensive:** Für Wirtschaftsleistung und Wohlstand in Deutschland spielen Bildung und Ausbildung eine überragende Rolle. Das gilt auch für die individuellen Chancen auf Teilhabe am Wohlstand. Es ist dringend notwendig, die Qualität in der Schulbildung zu verbessern, insbesondere für Kinder aus bildungsfernen Haushalten. Außerdem sollten Aus- und Weiterbildung ausgebaut werden, um langfristiges Wachstum zu sichern.
- **Stärkung des Arbeitsangebots:** Im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft, die individuelle Eigenverantwortung betont, sollte der Staat Rahmenbedingungen setzen, die individuelle Erwerbsanreize stärken und breite Teilhabe an Erwerbstätigkeit ermöglichen. Es gilt, Arbeitskräftepotenziale besser zu nutzen (höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen, Älteren, Zugewanderten) und gezielte Zuwanderung hochqualifizierter Fachkräfte durch attraktive, unbürokratische Einwanderungsregeln zu fördern.
- **Bürokratieabbau und Deregulierung:** In der Sozialen Marktwirtschaft bedeutet staatliches Handeln, Rahmenbedingungen des Wirtschaftens zu formulieren und durchzusetzen, aber auch, staatliche Eingriffe auf das Notwendige zu begrenzen. Entbehrliche Regulierung und Berichtspflichten auf nationaler und EU-Ebene sind systematisch abzubauen, mit messbaren Entlastungszielen zur Stärkung von wirtschaftlicher Freiheit, Unternehmensdynamik und Innovation.
- **Investitions- und Innovationsagenda:** Angesichts der aktuellen Investitions- und Innovationsschwäche in Deutschland werden Reformen gebraucht, die mehr private Investitionen ermöglichen (Steuern, Abschreibungen, Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung), insbesondere in Digitalisierung, Zukunftstechnologien und Wachstumssektoren. Rahmenbedingungen für Übersetzung von Forschung in Wertschöpfung und Unternehmensgründungen sollten verbessert werden.
- **Fiskalische Konsolidierungsstrategie:** Eine mit der Sozialen Marktwirtschaft konsistente fiskalische Ordnung setzt auf regelgebundene Haushaltsdisziplin, klare Priorisierung staatlicher Aufgaben und den Abbau verzerrender Subventionen. Die Staatsausgabenquote ist zu begrenzen, der Schuldenanstieg zu bremsen und wachstumsschädliche Steuererhöhungen sind zu vermeiden. Geeignet dazu ist eine mehrjährige Strategie der Ausgabendeckelung und mit Priorisierungen und Subventionsabbau.
- **Nachhaltige Reform der sozialen Sicherungssysteme:** Eine nachhaltige soziale Sicherung kombiniert verlässliche Absicherung mit Eigenverantwortung entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip. Es gilt, Leistungszusagen dem Finanzierbaren anzupassen, insbesondere in der Rentenversicherung. Gleichzeitig sind Maßnahmen erforderlich, um Effizienz zu steigern, vor allem im Gesundheitswesen. Eine Schlüsselrolle spielt dabei der Einsatz neuer Technologien wie künstlicher Intelligenz. So kann die langfristige

Finanzierbarkeit bei gleichzeitiger Sicherung des Kernbestands sozialer Sicherung gewährleistet werden.

- **Effiziente und Wettbewerbsfähigkeit schützende Energie- und Umweltpolitik:** In der Sozialen Marktwirtschaft sollte Energie- und Umweltpolitik notwendig marktwirtschaftliche Instrumente nutzen, diese Instrumente konsistent einsetzen und Energieimporte stärker diversifizieren. Gleichzeitig ist es erforderlich, die heimische Energieproduktion auszubauen und zu verbreitern. Mehr marktwirtschaftliche Steuerung und Integration des europäischen Energiemarktes können die Energiekosten senken.
- **Stärkung wirtschaftlicher Resilienz im Außenhandel:** Gemäß der Sozialen Marktwirtschaft ist Wettbewerb die beste Voraussetzung zur Anpassungsfähigkeit im internationalen Wettbewerb. Kritische Importabhängigkeiten sind abzubauen durch Diversifizierung der Bezugsquellen. Es gilt, neue Freihandelsabkommen abzuschließen und den EU-Binnenmarkt als Wachstums- und Stabilitätsanker zu vertiefen.
- **Priorisierung von Sicherheit und Verteidigung:** Zur Sozialen Marktwirtschaft gehört eine wichtige, aber begrenzte Rolle des Staates in der Wirtschaft. Das gilt auch für den Staatshaushalt. Angesichts der massiven Expansion der Staatsausgaben in den letzten Jahren gilt es, Verteidigungsverpflichtungen vor allem durch Umschichtungen im Haushalt zu erfüllen, mit Fokus der Ausgaben auf Forschung, technologische Fähigkeiten und europäische Kooperation.
- **Verbesserung von Governance und Vertrauen:** Evidenzbasierung wirtschaftspolitischer Entscheidungen und Rechtsstaatlichkeit sorgen für Akzeptanz und Vertrauen. Es gilt, in Politik und Gesellschaft besser zu kommunizieren und zu erklären, dass der Staat seine Bürger nur begrenzt von Krisen und Veränderungsbedarfen abschirmen kann.



## Literaturverzeichnis

---

**Abelshauser, W. (2011):**

Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart. 2., vollst. überarb. Aufl., Verlag C. H. Beck, München.

**Acemoğlu D., Johnson, S., Robinson, J. A. (2001):**

The Colonial Origins of Comparative Development: An Empirical Investigation. *American Economic Review* 91 (5): 1369–1401.

**Autor, D., Dorn, D., Katz, L., Patterson, C., Van Reenen, J. (2020):**

The Fall of the Labor Share and the Rise of Superstar Firms. *The Quarterly Journal of Economics* 135 (2): 645–709.

**Baarck, J., Bode, M., Peichl, A. (2025):**

Rising Inequality, Declining Mobility: The Evolution of Intergenerational Mobility in Germany. CESifo Working Paper 12058.

**Baur, A., Flach, L., Gourevich, I. (2025):**

Global Europe 2.0 – Ökonomische Potenziale einer neuen europäischen Freihandelsoffensive. ifo Studie im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ifo Institut, München.

**Becker, G. S., Philipson, T. J., & Soares, R. R. (2005):**

The quantity and quality of life and the evolution of world inequality. *American economic review*, 95(1), 277-291.

**Benček, D., Rosenbaum, H., Weche, J. P. (2022):**

Marktstrukturen und Wettbewerb im Kontext wirtschaftlicher Transformation. *Wirtschaftsdienst* 102(11), 885-890.

**Blesse, S., Gründler, K., Heil, P., Necker, S., Potrafke, N., Schlepper, M., Wochner, T. (2022):**

Die Soziale Marktwirtschaft aus Bevölkerungsperspektive I/III: Wie beliebt ist die Soziale Marktwirtschaft in der Bevölkerung? ifo Schnelldienst, 75(09), 50-55.

**Böhm, F. (1928):**

Das Problem der privaten Macht, *Die Justiz* 3: 324-345, hier zitiert nach: **Böhm, F. (1960)**, Reden und Schriften über die Ordnung einer freien Gesellschaft, einer freien Wirtschaft und über die Wiedergutmachung, in: **Mestmäcker, H.J.**(Hrsg.) Verlag C. F. Müller, Karlsruhe: 25 – 45.

**Böhm, F. (1961):**

Demokratie und ökonomische Macht, in: Institut für ausländisches und internationales Wirtschaftsrecht (Hrsg.), *Kartelle und Monopole im modernen Recht*, Karlsruhe 1961, Bd. 1, S. 2–24.

**Brunnermeier, M. K. (2021):**

Die resiliente Gesellschaft. Wie wir künftige Krisen besser meistern können. Aufbau Verlag, Berlin.

**Caselli, F., Koren, M., Lisicky, M., Tenreyro, S. (2020):**

Diversification Through Trade. *Quarterly Journal of Economics*, 135(1), 449–502.

**Clark, A. E., Frijters, P., Shields, M. A. (2008):**

Relative income, happiness, and utility: An explanation for the Easterlin paradox and other puzzles. *Journal of Economic Literature*, 46(1), 95-144.

**De Loecker, J., Eeckhout, J., Unger, G. (2020):**

The Rise of Market Power and the Macroeconomic Implications. *Quarterly Journal of Economics*, 135(2), 561–644.

**Dietrich, A., Dorn, F., Fuest, C., Gros, D., Presidente, G., Mengel, P. L., Tirole, J. (2024):**

Europe's middle-technology trap. *EconPol Forum*, 25(4), 32-39.

**Dolan, P., Peasgood, T., White, M. (2008):**

Do we really know what makes us happy? A review of the economic literature on the factors associated with subjective well-being. *Journal of Economic Psychology*, 29(1), 94-122.

**Dorn, F., Flach, L., Gourevich, I. (2024):**

Die EU und der Binnenmarkt – Potenziale eines vertieften Dienstleistungshandels. ifo Studie im Auftrag der IHK München und Oberbayern, München.

**Egger, P., Larch, M. (2008):**

Interdependent Preferential Trade Agreement Memberships: An Empirical Analysis. *Journal of International Economics*, 76(2), 384–399

**Eggertsson, G.B., Robbins, J.A., Wold, E.G. (2021):**

Kaldor and Piketty's facts: The rise of monopoly power in the United States. *Journal of Monetary Economics*, 124(S), 19–38.

**Environmental Performance Index (2024):**

<https://epi.yale.edu/downloads/2024-epi-report-20250106.pdf> 11. Januar 2026.

**Erhard, L. (1957):** Wohlstand für alle. Düsseldorf: Econ Verlag.

**Erhard, L. (1962):** Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft

**Eucken, W. (1952):**

Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Sechste Auflage, Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen 1990.

**Expertenkommission Forschung und Innovation (2025):** <https://www.e-fi.de/>

**Falck, O., Mo Guo, Y., Pfaff, C. (2024):**

Entgangene Wirtschaftsleistung durch hohen Bürokratieaufwand, Studie des ifo Instituts im Auftrag der IHK für München und Oberbayern, München.

**Feld, L. P., Köhler, E. (2011):**

Ist die Ordnungsökonomik zukunftsfähig? In: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik*, 12(2), S. 173-195.

**Fraser Institute (2025):** Economic Freedom of the World: 2025 Annual Report.

**Frey, B. S., Stutzer, A. (2002):**

What can economists learn from happiness research? *Journal of Economic Literature*, 40(2), 402-435.

**Fuest, C.; Gros, D., Tirole, J. (2024):**

EU-Innovation Policy: How to Escape the Middle Technology Trap? Policy Report of the IEP/TSE/EconPol-CESifo High-Level Group on Innovation.

**Gaulier, G., Zignago, S. (2010):**

BACI: International Trade Database at the Product-Level. The 1994-2007 Version. CEPII Working Paper No. 2010-23, CEPII, Paris.

**IEA (2025):**

World Energy Balances. <https://www.iea.org/data-and-statistics/data-product/world-energy-balances>

**Miksch, L. (1950):**

Die sittliche Bedeutung der inneren Koordination, ORDO: Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, 1950, Vol. 3 (1950), pp. 29-73

**Müller-Armack, A. (1947):**

Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, in: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, Paul Haupt, Bern, S. 19–170.

**Müller-Armack, A. (1962):**

Das gesellschaftspolitische Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft. In: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 11(3): 7–28. Dezember.

**Müller-Armack, A. (1976):** Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Bern/Stuttgart.

**Müller-Armack, A. (1978):**

The Social Market Economy as an Economic and Social Order. In: Review of Social Economy, 36(3): 325–331. <https://doi.org/10.1080/00346767800000020>

**Necker, S., Bunde, N., Czernich, N., Dietrich, A., Falck, O., Fuest, C. Pfeiffer, J., Pittel, K., Schmid, A. Steuernagel, A., Thum, M. (2025):**

Konzeptionelle Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), <https://www.ifo.de/DocDL/ifo-Bericht-2025-Weiterentwicklung-Soziale-Marktwirtschaft.pdf>

**OECD Employment Outlook (2025):**

[https://www.oecd.org/en/publications/oecd-employment-outlook-2025\\_194a947b-en.html](https://www.oecd.org/en/publications/oecd-employment-outlook-2025_194a947b-en.html)

**OECD Trust Survey (2024):**

<https://www.oecd.org/en/data/datasets/oecd-trust-survey-data.html>

**Raffelhüschen, B. et al (2008):**

Ehrbarer Staat? Die Generationenbilanz - Update 2008: Migration und Nachhaltigkeit, Diskussionsbeiträge, No. 30, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Forschungszentrum Generationenverträge (FZG), Freiburg i.Br.

**Raffelhüschen, B. et al (2019):**

Ehrbarer Staat? Die Generationenbilanz im Fokus: Pflegefall Pflegeversicherung? Update 2019, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 146, Stiftung Marktwirtschaft, Berlin.

**Raffelhüschen, B. et al (2025):**

Ehrbarer Staat? Die Generationenbilanz – Update 2025: Migration und Nachhaltigkeit, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 183, Stiftung Marktwirtschaft, Berlin.

**Röpke, W. (1942):** Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, Erlenbach-Zürich.

**Rüstow, A. (1955):**

Wirtschaftsethische Probleme der Sozialen Marktwirtschaft, in: Patrick Boorman (Hrg.). Der Christ und die Soziale Marktwirtschaft, Stuttgart: Kohlhammer, S. 53-74.

**Stockholm International Peace Institute:** <https://www.sipri.org/databases>

**World Happiness Report (2026):** <https://www.worldhappiness.report/>

## Abbildungsverzeichnis

---

Abbildung 1	Bruttoinlandsprodukt vergleichsweise hoch
Abbildung 2	Wachstum des Bruttoinlandsprodukts stagniert
Abbildung 3	Überdurchschnittliche Lebenszufriedenheit, aber sinkende Tendenz
Abbildung 4	Lebenserwartung mit negativem Trend
Abbildung 5	Marktkonzentration stagniert
Abbildung 6	Einkommensmobilität nimmt ab
Abbildung 7	Einkommensungleichheit ist moderat
Abbildung 8	Höhere Ungleichheit, geringere soziale Durchlässigkeit
Abbildung 9	Staatsquoten Deutschland und G7 klaffen am aktuellen Rand auseinander
Abbildung 10	Phase geringer Neuverschuldung in Deutschland endet
Abbildung 11	Zahl der Transferempfänger nimmt ab – vor allem im Osten
Abbildung 12	Bürokratiekosten sind deutlich gestiegen
Abbildung 13	Ökonomische Freiheit nimmt ab
Abbildung 14	Deutschlands Erwerbsbevölkerung sinkt rapide
Abbildung 15	Anhaltende Schwäche bei privaten Investitionen
Abbildung 16	Deutschland bei der Bildung Dritttletzter
Abbildung 17	Bei Patenten an zweiter Stelle
Abbildung 18	Digitalisierungsanteil deutscher Patente gering
Abbildung 19	Implizite Staatsverschuldung steigt sprunghaft
Abbildung 20	Deutschland vergleichsweise gut im Umweltschutz
Abbildung 21	Deutschland weist unter den G7 die höchste Handelsoffenheit auf
Abbildung 22	Ein Drittel der deutschen Importe ist auf wenige Lieferländer konzentriert
Abbildung 23	Deutschlands Energieimportabhängigkeit ist gestiegen
Abbildung 24	Trendumkehr bei den deutschen Verteidigungsausgaben erkennbar
Abbildung 25	Deutschland steht bei der Rechtsstaatlichkeit an der Spitze der G7
Abbildung 26	Nur gut ein Drittel der Deutschen vertraut der Bundesregierung

## Ansprechpartner/Impressum

---

### Volker Leinweber

Geschäftsführer, Leiter der Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-133

[volker.leinweber@vbw-bayern.de](mailto:volker.leinweber@vbw-bayern.de)

### Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

#### Herausgeber

**vbw**

Vereinigung der Bayerischen  
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5  
80333 München

[www.vbw-bayern.de](http://www.vbw-bayern.de)

© vbw April 2026

#### Autoren

Prof. Dr. Dr. (h.c.) Clemens Fuest  
Prof. Dr. Sarah Necker  
Dr. Florian Neumeier  
Dr. Andreas Baur  
Dr. Cornelia Geißler (Redaktion)  
ifo Institut München

Tel +49 89 9224-0

[ifo@ifo.de](mailto:ifo@ifo.de)

[www.ifo.de](http://www.ifo.de)